

Telegraphische Depeschen.

Warschau, 12. Nov. Bei der heutigen Eröffnung der Wahl zum Abgeordnetenhaus wurde Stadtrath Severin (national liberal) mit 422 von 681 Stimmen im dritten Wahlgange gewählt. Der Gegenkandidat Justizrath Freund (Fortschritt) erhielt 249 Stimmen.

München, 12. Nov. Die Abgeordnetenkammer hat heute zu Art. 2 des Eisenbahngesetzes den Antrag des Ausschusses auf Wiedereinstellung aller gestrichenen Linien mit 80 gegen 66 Stimmen angenommen, nur der Bau der Linie Pöding-Passau wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt. Das ganze Gesetz wurde schließlich mit 102 gegen 43 Stimmen angenommen.

Brüssel, 12. Nov. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer erklärte in Beantwortung einer Interpellation der Minister des Auswärtigen, Frère-Orban, er werde am nächsten Dienstag die gewünschten Aufschlüsse über die Beziehungen der belgischen Regierung zur Römischen Curie erteilen.

Wien, 12. Nov. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „Nach dem in dem gestrigen Ministerrathe erörterten neuen Finanzproject würden die Vorschlagsgläubiger in Galata und die auswärtigen Gläubiger verschiedene Steuern pachten sowie die Tabaks- und Salzregie für die Regierung verwalten und sich hierdurch bezahlt machen; den auswärtigen Gläubigern würden überdies Beträge aus den Einkünften Cyperns und Rumeliens zugewiesen. Die Regierung soll sich indeß das Recht vorbehalten, die Gläubiger in Galata anderweitig zu befriedigen und mit den auswärtigen Gläubigern unter deren Zustimmung neue Engagements einzugehen, wodurch die Bölle für eine neue Finanzcombination ganz frei wären.“

Der europäische Friede.

— **Leipzig, 13. Nov.** Es ist begreiflich, daß die öffentliche Meinung, daß insbesondere die den Hauptstamm derselben bildenden Erwerbsklassen mit athemloser Spannung auf jedes Anzeichen friedlicher oder kriegerischer Natur lauschen, daß sie bei jenem aufstöhnen, bei diesem in Angst gerathen.

Augenblicklich nun scheinen mehrere Anzeichen der ersten Art zusammenzutreffen. Die Reise des russischen Großfürsten-Thronfolgers an die Höfe von Wien und Berlin befindet unzweifelhaft, daß in Rußland die bessere Einsicht, sich den verbundenen beiden großen Nachbarmächten versöhnlich zu nähern, die Oberhand gewonnen hat. Der Besuch des französischen Gesandten Saint-Ballier beim Reichskanzler in Warschau und auf den Wunsch der französischen Regierung hinzudeuten, dafür angesehen zu werden, daß sie mit Deutschland in Frieden leben wolle, und solange das

Cabinet Waddington und Präsident Grévy am Ruder bleiben, ist diese Friedenspolitik der französischen Regierung wol auch ehrlich gemeint.

Auf diese beiden thatsächlichen Momente, die wol mehr als bloß dem Scheine nach friedlicher Natur sind, legen wir, offen gesagt, mehr Gewicht als auf die große Friedensrede des englischen Premier beim Lord-Mayors-Banket, zu welcher selbst von der Times die hochsinnige Bemerkung gemacht wird: „Die Friedensversicherungen des edeln Lords würden beruhigender sein, wenn der Friede Europas weniger von England abhängig wäre.“

Böllig misachten wollen wir indeß doch auch diese Stimme für den Frieden nicht. Es ist die Stimme des derzeitigen Vertreters einer Macht, welcher die Kraft zur Erhaltung des europäischen Friedens nicht fehlen würde, sobald sie nur immer den festen Willen dazu hätte.

Gerade in diesem Augenblicke aber ist es nicht ohne Bedeutung, wenn der englische Premier eine Art von Bürgschaft für Erhaltung des Friedens übernimmt. Die einzige denkbare Bedrohung des europäischen Friedens wäre dormalen eine Coalition Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland und Oesterreich. Eine solche Coalition würde aber im Reine erstickt sein, sobald gewiß wäre, daß in diesem Falle England mit seiner gewaltigen Seemacht auf seiten Deutschlands und Oesterreichs stände. Jedenfalls also enthalten die Worte des Lords Beaconsfield keine Ermuthigung, eher eine Abschreckung für etwaige geheime Pläne der obengedachten Art.

Gegenüber solchen Friedenszeichen werden allerdings auch Gerüchte von allerhand militärischen Vorbereitungen laut, die, wenn sie gegründet wären, jene in ihrer Bedeutung abschwächen würden. Es ist von einer Verstärkung der russischen Reichsbesatzungen gegen Deutschland, es ist von einer Vermehrung der deutschen Heeresmacht die Rede. Was das erstere Gerücht betrifft, so erinnert man sich, daß unlängst auch von Verstärkungen deutscherseits an der Ostgrenze gegen Rußland die Rede ging, daß sich aber dann erwies, es sei dies schon eine alte Geschichte. Möglich, daß auch hier eine ähnliche Verwechslung der Zeiten vorliegt. Die Nachricht aber von einer Erhöhung des deutschen Militäretats (ohne welche selbstverständlich eine Vermehrung der Heeresstärke nicht denkbar) wird officiell widerlegt (s. unten); auch macht die neueste National-liberale Correspondenz mit Recht darauf aufmerksam, daß vor Ende des Jahres 1881, bis wohin bekanntlich der siebenjährige sogenannte eiserne Heeresbestand dauert, eine Vermehrung der Heeresstärke überhaupt nicht in Frage kommen kann.

Alles in allem erscheinen somit die Symptome für eine ungestörte Friedensdauer überwiegend, was unserm allmählich sich wieder erholenden Handel und Wandel von Herzen zu gönnen ist.

Ein wichtiger Rechtsfall vor dem Reichsgericht.

Zu der gestrigen vorläufigen Skizze einer wichtigen strafrechtlichen Verhandlung vor dem Reichsgericht fügen wir heute ergänzend das Nähere bei. Der Thatbestand, welcher derselben zu Grunde lag, war nach der Reichsgerichts-Correspondenz folgender:

Zu Oftern 1878 bestand der ältere Sohn des Kaufmanns C. zu S. die Abiturientenprüfung an der Realschule I. Ordnung zu S. mit Auszeichnung und ersuchte seinen Vater einige Zeit nachher, bevor er zur Universität abging, den verdienstlichen seiner Lehrer ein Andenken an ihn, den Sohn, zuwenden zu wollen. Der Vater schrieb in Folge dessen am 1. April 1878 an seinen Freund, den Director der Realschule I. Ordnung Fr. W., daß er mit Freuden den Wunsch seines Sohnes erfüllte, aber nicht wisse, womit er dem Fr. W. und seinen Kollegen besondere Freude bereiten könne; er ersuche ihn daher, die dem Briefe beiliegenden 1000 M. nach seinem Ermessen unter sich und seine Kollegen zu vertheilen oder dafür ihm geeignet scheinende Andenken namens seines Sohnes zu besorgen. In dem Briefe war ganz besonders betont, daß Fr. W. den für diese Andenken bestimmten Geldbetrag den Lehrern seines Sohnes zuwenden in besonderer Freude und Gemuthung darüber, daß es den Herren gelungen sei, sowohl die moralische wie intellectuelle Entwicklung seines Sohnes durch eine so treue Erfüllung ihres schwierigen Berufes so tüchtig zu fördern und zu einem so schönen Ziele zu führen. Der Director W. nahm das Geld an und vertheilte es an drei oder vier seiner Kollegen in Baar oder in Andenken.

Dieser Thatbestand war es, der (und zwar wol nicht außer Verbindung mit der Reichstagswahl im Juli 1878, wo die Herren Oberlehrer zu S. treu zu Kaiser und Reich im Kampfe gegen die Ultramontanen standen) im dortigen ultramontanen Blättchen als „Bestechung“ denuncirt wurde. Darauf erhob im September 1878 der Staatsanwalt Anklage gegen die Lehrer. Am 10. Jan. 1879 erging das Erkenntniß erster Instanz vor dem königlichen Kreisgericht S. Es verurtheilte die Angeklagten zu je 150 M. Geldstrafe auf Grund des §. 331 des Strafgesetzbuches, welcher bestimmt:

Ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke oder andere Vorteile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thln. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Verurtheilten appellirten gegen das Erkenntniß, allein das Appellationsgericht zu Hamm verwarf die Appellation und hielt die in erster Instanz ausgesprochene Verurtheilung aufrecht, und zwar in der Hauptsache aus folgenden Gründen:

Es könne zwar denkbar sein, daß der Director W., da er persönlich mit C. befreundet sei, den Brief und die Gabe des letztern auch bloß als eine persönliche Freundschaftsbezeugung habe auffassen können. Diese Auffassung sei aber im vorliegenden Falle ausgeschlossen, weil die Gabe nicht bloß dem W. persönlich, sondern auch einer Reihe anderer in dem Briefe gar nicht genannter Oberlehrer zugewendet worden sei. Ferner könne die Thätigkeit eines Lehrers allerdings auch in der moralischen Einwirkung auf einen Schüler in Privatstunden zc. bestehen, welche also nicht amtliche Handlungen darstellen. Allein der Brief C.'s an W. spreche ausdrücklich aus, daß das Geschenk für die treue

Von der Koblfs'schen Expedition.

Ueber die Vererbung der Koblfs'schen Afrika-Expedition sind an Frn. Vojta Naprstek in Prag von dem italienischen Consul Rossini in Benghasi mehrere Schriftstücke eingegangen, welche über die Schicksale der ganzen Expedition näheren Aufschluß geben. Wie die Bohemia aus diesen Schriftstücken mitzutheilen in der Lage ist, wurde die Expedition in der Dase Kusarrah von den Arabern aus Erbitterung darüber festgehalten, daß der Pascha von Benghasi drei Scheichs (Hauptlinge) der Araber verhaftet ließ, indem er vorgab, daß dieselben für die Sicherheit der Koblfs'schen Expedition nach Wadai Bürgschaft zu leisten haben, in Wirklichkeit aber, um sich deren Freilassung durch einen namhaften Betrag aus der Entlohnung bezahlen zu lassen, welche die Araber von Koblfs für die Gastfreundschaft und die Begleitung der Expedition nach Wadai erhalten sollten. Das eine der an Frn. Naprstek gelangten Schriftstücke ist die Uebersetzung eines Briefes, welchen Dr. Koblfs aus Kusarrah an den italienischen Consul gerichtet hat. Derselbe lautet:

Gruß von Mustapha-Bei (Koblfs). Die Suezas (Araber) ließen mich nicht italienisch schreiben, ich gebe Dir aber bekannt, daß, wenn der Pascha die Scheichs der Suezas nicht freigibt, die Suezas uns tödten. Ich bin hier gefangen, ich kann weder nach Süden noch nach Norden gehen. Ich verlange von Dir, daß Du mit den übrigen Consuln Dich zum Pascha begibst, um die sofortige Freilassung der Gefangenen zu erwirken. Sollten auf dieses Schreiben hin die Scheichs nicht frei werden, so würden uns die Suezas tödten. Ich grüße Dich.
25. Ramadan 1296 (18. Sept. 1879).
Mustapha-Koblfs-Bei.

Auf diesen Brief folgte unterm 15. Oct. ein an die Herren Koblfs-Bei und Steder-Osendi, gleichfalls in arabischer Sprache, gerichtetes Schreiben des Consul Rossini, in welchem es unter anderem heißt:

Sie haben sich von jener schändlichen hochgestellten Person täuschen lassen, von der ich bereits herausgefunden habe, daß sie ein böswilliger Fuchs ist zc. Ehe diese Person (der Pascha) sich auf Land begab, um auf irgendeine Art Geld herauszuschlagen, befaß dieselbe, daß die drei Scheichs der Suezas nicht auf freien Fuß gestellt werden. Es läßt sich gar nicht schildern, wie sehr ich mich anstrengen mußte, wie sehr ich unterhandeln, schreiben und wieder schreiben mußte, um schließlich einen Erfolg zu erzielen. In der Befürchtung, daß nicht ein plötzlicher Umsturz eintrete, lasse ich die Scheichs unverweilt abreisen. ... Durch drei Nächte bereits befaßte ich mich mit Schreiben, um auf jede mögliche Art im ganzen Lande das gottlose Treiben des Paschas bekannt zu machen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis derselbe sammt seinen Rathgebern, die an allem Antheil und an all den Vergehungen schuld sind, von hier vertrieben sein werden. Die Suezas waren durch ihre Gefangenhaltung derart erbittert, daß sie die Verzeihung zu Thaten gegen die Gastfreundschaft, die sie beschworen hatten, getrieben hatte. Sie zählten nämlich die Schuld an allem, was ihnen zugestoßen, uns zu. Allein nach den Versprechungen, welche sie mir und meinem Freunde, Frn. Bag-Mohammed-ben-Schaban-El-Meder (dem Vermittler zwischen mir und dem Pascha), gegeben, hoffe ich, daß Ihr von seiten der Suezas weiter keine Unannehmlichkeiten haben werdet.

In einem vom 26. Oct. datirten Schreiben aus Benghasi zeigt nun der Consul dem Frn. Naprstek an, daß die Herren Koblfs und Dr. Steder lebend und gesund in Benghasi eingetroffen sind, nachdem sie durch die eingreifende Vermittelung des Scheichs Kreim-Bu-Babba und seiner beiden Söhne nebst Genossen der Wuth der Verwandten und Schwäger der

verhafteten Scheichs (welche Verwandtschaft den Reisenden das Geld geraubt und alles, womit die wissenschaftliche Expedition ausgestattet war, vernichtet hatte) entgangen waren. Raub waren nämlich die Herren Koblfs und Steder in Kusarrah eingetroffen, als einige Araber vom Stamme der Suezas sie in Ketten legen wollten, indem sie sagten: unser Scheich ist im Gefängnis und ihr seid frei, und hierauf auch noch weitere Drohungen ausstießen.

Aus London wird der Berliner Wörten-Zeitung berichtet: „Großes Aufsehen erregte dieser Tage die Beerbigung der verstorbenen Gemahlin des Unterheriffs von Yorkshire in Uebereinstimmung mit den Principien des Begräbnisreformvereins der Stadt und Grafschaft York. Die hauptsächlichste Reform besteht in der Abwesenheit von Schärpen, Dufthändern und den gewöhnlichen Trauergewändern und der Verwendung eines Leichenwagens, welcher von den Freunden der Verstorbenen durch die Straßen gezogen wurde. Die bisher üblichen schweren Trauergewänder fielen gleichfalls weg, und traten an deren Stelle die gewöhnlichen Droschken.“

— Aus Tübingen vom 7. Nov. berichtet man dem Staats-Anzeiger für Württemberg: „Ein ehrwürdiger, in stiller Zurückgezogenheit lebendes Glied des alten Tübingen ist heute früh nach längerem, schwerem Leiden verschieden. Es ist die langjährige treue und aufopfernde Pflegerin Hülberlin's, Lotte Zimmer, in deren Altemhause, der bekannten „Zimmerei“ mit dem Hülberlinsturm, der unglückliche Dichter seine letzte Heimat gefunden hatte.“

— Von dem österreichischen Schriftsteller D. Spitzer ist ein Schriftchen: „Beliebte Wagnerianer“, erschienen (Wien und Leipzig, Klinkhardt), eine Satire auf die überchwenglichen Verehrer Wagner's. Es ist wol das Pfand dieses Stoffes, dem sie es verdankt, schon zum dritten mal aufgelegt worden zu sein.

Kriege.

Verhältnisse
[2106]

Leipzig,
[2106]

Zichte.

gründet auf
[2106]

oder Ent-
[2106]

nd Ethik.

en. Eine
[2106]

Ein kri-
[2106]

deutscher
[2106]

ne Täu-
[2106]

el. Zweite
[2106]

b Briefen
[2106]

te. Mit
[2106]

Augst b. 3.
[2106]

Rehrere ber-
[2106]

chten.
[2106]

o Dietrich
[2106]

in Leipzig
[2106]

ann Eiler
[2106]

er. — Frn.
[2106]

er berndt
[2106]

in Berlin
[2106]

sch er, geb.
[2106]

Marie verm-
[2106]

in Leipzig
[2106]

Nichtersfällung der betreffenden Lehrer gegeben werde, also für die Haupttätigkeit derselben, ihre Wirksamkeit an der Realschule I. Ordnung (das Erkenntnis zweiter Instanz sagt irrthümlich „Gymnasium“) zu S. und diese Thätigkeit sei eine amtliche, für welche nach §. 331 des Reichsstrafgesetzbuches die Geschenknahme verboten sei.

Gegen dieses Erkenntnis wandten die Berurtheilten die Nichtigkeitsbeschwerde an das königlich preussische Obertribunal ein. Da dieser Gerichtshof vor Erledigung der Sache einging, so gelangte die Sache an das Reichsgericht. Die öffentliche Verhandlung (vor dem Dritten Straffenat) begann am 8. Nov. vormittags 9 Uhr. Nach dem Vortrage des Referenten, Reichsgerichtsrath Spieß, ergriff Justizrath Arndts als Bertheidiger das Wort:

Er beklagte zunächst die unklare Fassung des §. 331, welche es ermöglicht, daß redliche, verdiente Männer, ohne sich irgendeiner sträflichen Handlung bewußt zu sein, unter peinliche Anklage und Verurtheilung hätten gestellt werden können, und wies dann an der Entstehungsgeschichte des entsprechenden Paragraphen im früheren preussischen Strafgesetzbuche (§. 309) sowie an den Verhandlungen des Reichstages nach, daß der Richter zweiter Instanz nicht bloß in thatsächlichem, sondern auch in Rechtsirrtum sich befinden und daher die Nichtigkeitsbeschwerde statthaft sei. Das Gesetz fordere, daß der „Beamte, um sich nach §. 331 strafbar zu machen, für eine in sein Amt einschlagende (concrete), wie der zweite Richter richtig ergänzte) Handlung ein Geschenk nehme“. Eine solche concrete Handlung könne niemals sein die gesammte, namentlich nicht die durch viele Jahre fortgesetzte Lehrthätigkeit eines öffentlichen Lehrers. Seine Ausführungen sucht der Redner noch durch eine Vergleichung des §. 331 mit §. 332 (Bestechung zur Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht) zu beleuchten und schließt sein Plaidoyer mit dem Antrage auf Vernichtung der ergangenen Strafurtheile und unbedingte Freisprechung der Angeklagten.

Der zweite Bertheidiger, Justizrath Romberg, beklagte gleichfalls, daß §. 331 nicht präciser, schärfer gefaßt sei.

Deshalb habe der Richter die Anwendbarkeit des Paragraphen um so genauer zu prüfen, die Bertheidigung die Worte auf die Goldwaage zu legen. Im angeführten Erkenntnis fehle vor allem jede Feststellung des Dolus auf Seiten der Angeklagten, die Feststellung, daß sie mit Bewußtsein das Geschenk genommen hätten für eine in ihr Amt einschlagende Handlung. Der sittliche, der moralische Einfluß der Persönlichkeit des Lehrers auf den Schüler ist keine Amtshandlung. Deshalb habe Freisprechung einzutreten.

Reichsanwalt Dr. Stenglein erklärt sein volles Einverständnis mit den Anträgen der Bertheidigung:

Es wäre eine besonders bevorzugte, besonders segensreiche Thätigkeit des Reichsgerichts, darauf einzuwirken, daß auch der Geist des Gesetzes richtig erfaßt und von den Gerichten angewandt wird, daß der Wortlogik die Spitze abgebrochen und eine allzu grammatische Auslegung der Gesetze vermieden werde. Es handele sich hier zweifellos um eine Rechtsfrage, nicht um eine Thatsache. Wenn das angeführte Erkenntnis darthut, daß es eine ganze Reihe von Begriffen des Gesetzes nicht aufgefaßt hat, so liege hier eine rechtliche, nicht thatsächliche Auffassung vor. Insbesondere der Richter zweiter Instanz sei zu weit gegangen, indem er die Interpretationsbehelfe, welche die Reichstagsverhandlungen zum §. 331 bieten, etwas nachahmend behandelte, namentlich die Aeußerungen des Abg. Laaker. Wenn der von einem Abgeordneten gestellte Antrag, der später zum Gesetz wurde, von diesem Abgeordneten so scharf und eingehend erläutert werde, wie dies hier seitens des Abg. Laaker geschehen, wenn diese Erläuterung ohne Widerspruch bleibe, so sei gewiß damit ein wichtiger Interpretationsbehelf gegeben. Nur dann, wenn das Gesetz wesentlich von dieser Motivirung abweiche, müsse sich der Richter allein an das Gesetz halten. Das Gesetz stehe hier aber vollständig im Einklang mit den Aeußerungen des Abg. Laaker und den Verhandlungen des Reichstages. Diese machen klar, welcher Sinn dem §. 331 untergelegt werden sollte. Es muß unterschieden werden zwischen einem Geschenk, welches gegeben wird wegen einer Amtshätigkeit und für eine Amtshätigkeit. Denn nach den Reichstagsverhandlungen soll eine gewisse Gattung von Geschenken nicht unter den Paragraphen fallen. Genannt wurden damals Briefträger, Schaffner und die diesen ähnlichen zugehörigen Geschenke (zu Neujahr, Trinkgelber etc.). Dafür ist aber nicht die Ueblichkeit das Kriterium, sondern es ist auf ein höheres Princip zurückzugehen. Dieses höhere Princip kann ich nur darin finden, daß, wenn die Handlung ohne Rücksicht auf irgendein Geschenk bereits geschehen ist, eine strafbare Annahme des Gesentes nicht vorliegt, daß dagegen, wenn die Handlung vorgenommen worden ist, entweder weil der Handelnde glaubte, daß später ein Geschenk folgen werde oder so, daß der Beamte das Geschenk zur Bedingung seiner Handlung machte, Strafbarkeit vorliegt. Denn der Staat hat ein Interesse daran, daß der Beamte seine Handlung nicht erst ablaufen läßt, er hat aber kein Interesse daran, den Beamten zu strafen, der ein Geschenk nimmt, nachdem er die ihm obliegende Handlung vollkommen frei und ungebunden gethan hat.

Der Reichsanwalt erklärte und begründete diese seine Rechtsauffassung noch besonders durch eine Gegenüberstellung der §§. 331, 332 und 333 des Reichsstrafgesetzbuches. Er wies nach, daß namentlich der §. 333, welcher den Thatbestand der Bestechung auf Seiten des Schenkgebers feststelle, erfordere, daß der Beamte durch das Geschenk etc. zu seiner Verletzung der Dienstpflicht bestimmt worden sei. Dieses Erfordernis sei auch bei Anwendung des §. 331 festzuhalten. Zweifelloso sei aber im vorliegenden Falle, daß die Angeklagten durch das ihnen zugesessene Geschenk zu der lange vor der Schenkung bereits abgeschlossenen Amtshandlung nicht bestimmt worden seien. Auch er beantragte am Schlusse seines Plaidoyer unbedingte Freisprechung der Angeklagten. Der Gerichtshof zog sich zu einer mehr als einständigen Berathung zurück,

an deren Schlusse der Vorsitzende (wie schon gemeldet) verkündete, daß das Erkenntnis am 19. Nov. vormittags verkündigt werden würde. Zum ersten mal hat das Reichsgericht nicht sofort am Schlusse der Berathung das Erkenntnis veröffentlicht.

Die Eisenbahndebatten im preussischen Abgeordnetenhanse.

* Berlin, 12. Nov. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses steht die Fortsetzung der ersten Berathung des Entwurfs betreffend den Erwerb mehrerer Privatbahnen für den Staat.

Abg. Riesecke:

Es handelt sich bei der Vorlage nicht, wie gestern wiederholt gesagt worden ist, um 1200, sondern um 2000 Mill. M., denn es ist nicht zu übersehen, daß der Ankauf der Berlin-Anhalter, der Berlin-Potsdam-Magdeburger und der Rheinischen Bahn gar bald auch erfolgen dürfte, welche zusammen mindestens 734 Mill. M. kosten, ebenso aber steht auch der Ankauf der Hamburger Bahn mit ihren Fortsetzungen nach Kiel und Rummänster in naher Aussicht. Die ganze Frage spitzt sich dahin zu, ob wir ein Monopol des Staates ohne Controle, oder die heilsame getheilte Privatarbeit unter Aufsicht des Staates vorziehen; denn das Monopol des Staates mit Controle scheint mir unausführbar, unmöglich. Ich kann mich nur für die zweite Alternative entscheiden. Prüfen wir die Vorlage, zunächst die abgeschlossenen Verträge, welche wir genehmigen sollen, so kann ich nicht umhin, offen zu sagen, daß dieselben sehr unklar abgefaßt sind, so daß es kaum möglich sein dürfte, sie zur Grundlage der Specialdebatte zu machen. Um zu beurtheilen, ob die stipulirten Beträge angemessen sind, dazu müßten wir eine viel genauere Kenntniss des Zustandes der betreffenden Bahnen haben, als sie uns zu Gebote steht. Jedenfalls ist nicht zu leugnen, daß die Beträge sehr hoch sind. Das soll die Folge der hohen Kurse sein, und diese wiederum eine Folge der allgemein eingetretenen besseren Conjunction. Diese hausse ist aber doch lediglich die Folge künstlicher Börsenmanipulationen, der Curstreiber, weil bekannt ist, der Staat will die Bahnen kaufen. Wie es überhaupt bei den Unterhandlungen zugegangen ist, darüber weiß man fast gar nichts. Aus den Generalversammlungen ist nicht zu erkennen, wie sich die Transactionen vollziehen, denn die große Masse der Actionäre ist dort unvertreten, nur große Institute kommen zum Wort, ein Bankhaus hat vielleicht 2400 Actien, dann gehen zwei Compagnons, von denen der eine 1150, der andere 1250 Actien zu besitzen erklärt, zur Generalversammlung und verhandeln mit dem Directorium, die Anzahl von Einzelactionären kommt gar nicht zur Geltung oder wird verbunten.

Der jetzige Zug der öffentlichen Meinung für Verstaatlichung der Bahnen kann den Kenner unsers Volkes nicht wundernehmen. Der Deutsche raft in jeder Noth gar zu gern nach der Polizei, so erpöht er auch in der jetzigen Calamität möglichst viel vom Staate. Der eine erpöht billigere Tarife, der andere eine bessere Rente, ein dritter einen bequemeren Fahrplan, wieder ein anderer denkt unter dem alleinseitig machenden Staatsregime besser zu fahren. In Frankreich, wo die großen Eisenbahngesellschaften in der That übermächtig geworden sind, denkt kein Mensch an solche Maßregeln, wie sie jetzt bei uns vorgeschlagen werden. Was die Ersparnisse anlangt, die uns der Herr Minister in Aussicht stellt, so erlaube ich mir, sehr daran zu zweifeln. Weder werden wir weniger Materialien brauchen, noch sie billiger einkaufen, noch auch kann eine Verminderung des Betriebspersonals eintreten. Was die Organisation im ganzen anlangt, so bin ich der Meinung, daß ein Mann unmöglich im Stande ist, den ganzen Eisenbahnbetrieb zu übersehen und zu leiten. Die Centralisation der Verwaltung scheint mir ein Uebing. Uebrigens wird der Staat, wenn er erst Eigenthümer der Bahnen ist, auch für die andern Verkehrswege, Chaussees, Kanäle, Wasserstraßen mehr thun müssen, und die dem Steuerzahler aufzuliegende Last wird dann zu groß werden. Vor allem aber kann ich mich nicht entschließen, eine so außerordentliche Macht in die Hand eines Ministers zu legen. Die durch eine Resolution zu beschaffenden constitutionellen Garantien dürften wenig werth sein, aber die große Macht eines Mannes für das Volk leicht verhängnisvoll werden. Eher würde ich eine Garantie darin finden, daß die Feststellung der Tarife durch Gesetz oder den Landtag zu erfolgen hätte. Da aber daran nicht zu denken sei, werde ich gegen die Vorlage stimmen.

Abg. v. Rauchhaupt:

Der gefristige Redner der conservativen Partei hat nicht ausdrücklich genug dem Banteminister unsern Dank ausgesprochen für sein Eintreten für das Staatsbahnsystem. Wir haben für dieses System jahrelang gekämpft und nehmen die ganze volle Verantwortung auf uns, geben auch seiner Partei das Recht, zu sagen, wir machten uns die Sache allzu leicht. Ich verstehe die Zweifel des Hrn. Reichensperger in Bezug auf die Crediterschütterung des Staates, auf ein mögliches Schwanken des Etats; ich verstehe sie, aber ich hoffe — aus den größten Zweifeln sind ja gewöhnlich die stärksten Gläubigen geworden (große Deiterkeit), der Zweifel ist die Thür, durch welche man zum Glauben eingeht — diese Zweifel werden überwunden werden an der Hand der realen Politik, die die Herren des Centrums im Reichstage getrieben haben: es handelt sich hier ja nur um deren Consequenzen. Wir haben hier freilich eine Majorität mit Hilfe der National-Liberalen, aber es liegt uns sehr daran, auch das Centrum an dieser wesentlichen Arbeit zu betheiligen. (Hört, hört! links.) Ihnen da drüben (zur Fortschrittspartei) scheint es aufzufallen; ich kann mir das sehr denken. Denn Ihre Minorität wird dadurch immer kleiner. Die Zweifel des Hrn. Birchow kann ich aber nicht begreifen; er fragt die Staatsregierung, was sie unter öffentlichem Interesse versteht. So weit ist die Fortschrittspartei gekommen, daß sie solche Fragen an die Regierung richtet! (Gelächter beim Fortschritt.) Wir sitzen ja hier als die Vertreter des öffentlichen Interesses, und Ihre geringe Zahl zeigt, daß Sie es nicht mehr verstehen. Wenn nach Hrn. Dr. Birchow locale Centralisation der Bahnen das ideale Ziel sein soll, so sände man schließ-

lich in der Pferdebahn von Berlin nach Charlottenburg das gesuchte Ideal!

Wir treten für das Staatsbahnsystem ein gerade aber der großen Landesinteressen wegen, die sich daran knüpfen, nicht wegen persönlicher Interessen, wie Sie uns beschuldigen. Was würden Sie sagen, wenn wir Sie als Vertreter der großen Kommunen gegen das Land hinstellen? (Beifall rechts.) Ich werde mich wohl halten, solchen Vorwurf zu erheben, ich liebe das nicht! (Deiterkeit links.) Das reine Staatsbahnsystem ist absolut notwendig geworden, besonders seitdem durch die Erwerbung der neuen Provinzen zwischen Osten und Westen im Staatsbahnsystem eine Lücke entstand, welche die in der Mitte liegenden coalirten Privatbahnen unter dem Deckmantel des Namens Kaiser-Wilhelmsbahn sicherlich an sich gerissen hätten, wenn der Staat dies nicht mit großen Kosten verhindert hätte. Demals, 1873, haben wir mit schwerem Herzen die 120 Mill. für Eisenbahnen bewilligt; damals haben wir für die unglückliche Bahn Berlin-Wehlar gestimmt; wir hatten keine Wahl, um unser Staatsbahnsystem anders als durch dieses Bindeglied nutzbar zu machen. Schon 1848 legte die Regierung dem Vereinigten Landtage einen Eisenbahnbauplan vor. Dort wurde er abgelehnt. Welche Kämpfe hat dann die Regierung nicht führen müssen, um wenigstens die Provinzen mit Bahnen zu versehen! Das hat schließlich zu dem unhaltbaren gemischten System geführt. Als schließlich der Staat 1600 Mill. M. in seine Bahnen gesteckt hatte, war er die Durchführung des Staatsbahnsystems einfach dem Lande schuldig! Der Kampf der Concurrenz des Staates mit dem Privatkapital war zu einem unfruchtlichen geworden. Die Befürchtung des Hrn. Reichensperger wegen der Schwankungen des Etats wird zu Erörterungen führen müssen, um Vorsorge zu treffen, daß dieselben nicht eine verderbliche Rückwirkung ausüben.

Ferner hat er die Frage der Creditfähigkeit des Staates berührt. Dieselbe Frage kann er ja stellen, wenn die Privatbahnen fallit sind und den Staat um Hilfe anrufen; da reichen die gewöhnlichen Creditmittel auch nicht aus. Die Frage des Staatscredits ist keine Vertrauens-, sie ist eine einfache Nachfrage. Die Kosten für den Ankauf halte ich einfach für eine fundirte Schuld des Staates, bei der seine Leistungsfähigkeit kaum in Betracht kommt. Ueber die weiteren Pläne des Eisenbahnministers, über den Ankauf von Berlin-Anhalt etc., hätte ich noch eine kleine Notiz gewünscht, statt mir die betreffenden Angaben aus Saling's Börsenkalender zusammenzufuchen zu müssen. Wir kaufen ja keine Bahnen Strousberg'schen schwindelhaften Angebens, sondern solide, gut fundirte Unternehmungen, und wir kaufen sie nicht zu theuer. Die einzelnen Bedenken des Abg. Reichensperger-Elpe bezüglich der Entschädigung der Stammactionäre, der Rentabilität etc. insbesondere der Hannover-Altenbeker Bahn, lassen sich leicht widerlegen; ich kann mich im Endresultat auch nur für diese Bahn entscheiden. Die schwankenden Kurse können nicht für den Werth einer Bahnanlage entscheidend sein, sondern allein die Verzinsung, die bei den sämtlichen in Frage stehenden Bahnen eine genügende ist. Cauteilen müssen nach zwei Seiten gefunden werden: einmal in der Mitwirkung der Landesvertretung bei Feststellung der Tarife, entweder auf dem Wege des Eisenbahnrathes oder durch Feststellung der Tarife bei der Staatsverwaltung. (Widerpruch.) Ich meine die Sache im vollen Ernst. Die andere Cauteil zur Beseitigung der Befürchtungen der Gegner der Vorlage müßte sein, das Anlagelapital der sämtlichen Staatsbahnen zu einem Fonds zu erheben, der sich selbst amortisirt und verzinst. (Hört, hört!) Der Fonds müßte dann ganz aus dem Etat herausgenommen werden! Die Schwierigkeiten dieser Einrichtung verhehlen wir uns keineswegs.

Die volkswirtschaftliche Consequenz aus dem Staatsbahnsystem, die Hrn. Rikert in der Verpachtung der Bahnen vorschwebt, verwerfe ich als unausführbar. Die wichtigste volkswirtschaftliche Frage liegt in dem Verhältnis des Eisenbahnwesens zur Zollpolitik. Die Eisenbahnpolitik ist nur die notwendige Ergänzung zur Zollpolitik, und was das eine will, muß auch das andere wollen. Das wird hoffentlich auch für die Herren vom Centrum entscheidend sein. Die Tariffrage ist freilich eine sehr schwierige; wir wollen bestimmte Einheitsätze, damit unsere Industrie nicht abhängig bleibe von den Velleitäten der Privatbahnen, sondern auf festem Grund und Boden sich entwickele. Bisher sind wir von den Privatbahnen an der Nase herumgeführt worden — jetzt keine Verhandlungen mehr! Das socialpolitische Interesse endlich ist geradezu durchschlagend für die Uebernahme der Bahnen durch den Staat. Wie elend es bisher um die Parität der Interessen unter dem gemischten System gestanden hat, lehren uns die Motive in erschreckend überzeugendem Maße. Ich will gar nicht von den Refactionen und der schimpflichsten Corruption reden, die durch sie herbeigeführt wird. Nehmen Sie demnach die Vorlage an, ihre Annahme ist notwendig in finanziellem, nationalökonomischem und socialpolitischem Interesse. (Beifall rechts.)

Abg. Richter:

Mit demselben Pathos wie für die Staatsbahnen plaidirte im Jahre 1873 Hr. v. Rauchhaupt für die Bahn Berlin-Wehlar, deren Erwerbung er heute so bedauernd mit solchem Pathos wird wenig bewiesen. Wir hätten nichts dagegen, wenn die Folgen der Beschlässe, die dieses Pathos hervorgerufen kann, auch nicht länger dauern würden, als die große conservative Mehrheit, die heute hier sitzt. Im Jahre 1875 existirte auch eine solche conservative Majorität; die war bald nachher wie in die Erde versunken, aber Berlin-Wehlar haben wir behalten. Nun hat der Abg. Reichensperger gestern nach einigen gewichtigen Reueanschlägen gegen die Vorlage schließlich gesagt, das seien alles nur rationales dubitandi, nicht decidendi. Auch Hr. Windthorst bewundert unsere „Gefehrbarkeit“, daß wir schon unser Urtheil fertig gegen die Staatsbahnen haben. Nun, im Februar d. J. war Hr. Windthorst ebenso gelehrt wie wir; in einer Resolution stimmte er mit uns gegen den Ankauf von Vollbahnen. Zur selben (Ja-)Thür ging er mit mir herein in gleichem Schritt und Tritt. (Deiterkeit.) Auch Abg. v. Deerehan hat sich früher gegen die Staatsbahnen ausgesprochen. Abg. v. Eynern, welcher gegen die Privatbahnen sprach, gab zu, nur nach der Kenntniss der Bergisch-Märkischen Bahn zu urtheilen, wo allerdings ein gewisser unheilbarer Affessorismus herrscht. Hr. v. Eynern sprach von der stärksten Concurrenz der dortigen Privatbahnen und sagte, das gehe zu wie mit Löwen, die sich gegenseitig aufressen, so daß nur die Schwänze übrig-

Run, f...
Deiter...
Dr. v. Rau...
tariffmässige...
gebilligt...
Priorität hatten...
Schlage von 20...
in im Westen...
schärfere und b...
nehmen. Das f...
as das Staat...
heute nicht...
Recht hat...
dies aber...
Bergänge bei d...
Wünsche der R...
concolegeschaft...
Kauf aus ob...
star der Börse...
der Redacteur...
Actionäre als...
Plaidoyer als...
er vom West...
und dabei best...
des Herrn Min...
seiner Entlassu...
die Blätter h...
Staatsomniport...
Dr. v. Deere...
der Staatsbahn...
demokraten hing...
wörter, wie u...
haben, von der...
dung und Anb...
des öffentliche...
teresse wird ni...
mahrt. Es sol...
wissenheit einge...
schäft, die wir...
sich fortbilden...
Rechnung an sei...
Zweckens aufg...
sachlichkeit der...
höher Eisenba...
tischen Leben a...
zu dürfen glau...
frage schließlich...
ich gerade...
er innere Frag...
Nachfrage beh...
Es freut m...
Garantien gege...
den; das zeigt...
Denn in der T...
kein feststell...
erklärt freilich...
in Bezug auf...
als ganz unricht...
so auch gar ni...
Punkten schon...
den Tarif kann...
durch den Tari...
ermiedrigen. A...
in Oberösterreich...
an die Reform...
Tarif ist gerad...
aus Gegenben...
Produktion ver...
ist es, wie jetzt...
bahnen plaidirt...
rode, v. Wilh...
Minister Camp...
heiligste angrif...
kann er noch r...
freudlos bleiben...
als etwas Neu...
das ist ungesch...
sagen, die Am...
Der Herr R...
billiger stellen...
daß der Staat...
Wenn der Herr...
plaidirt zu schab...
um so lieber in...
Ich bin auch der...
späteren Staats...
der socialistische...
daß der Abg. F...
der Wirkung der...
legten zehn Jah...
um 8000 verme...
mehr bekommen...
gehören sollen...
mit der Vertheil...
in der Ansicht...
wen eine neue...
werde sich als...
er selbst Wesen...
Abg. Leuf...
Ich stehe an...
wie der Herr...
Gutes geleistet...
nicht verdamm...
Ubergangen in...
schaffenem Bille...
currenz der Pri...
haudes wie das...
Wittel zur B...
nationalen Arb...
bahnsystems wi...
möglich haben...
wußte sich irge...
ferm Etat kann...
Das Beispiel...
Präjudiz bilden...
auflaufenden Ba...
Ich bitte Sie...
zunehmen.

Preußen. Das Comité der Vertrauensmänner-
versammlung für freisinnige kirchliche Wahlen
hat beschlossen, folgenden Aufruf in allen Häusern
Berlins zu vertheilen:

An unsere freisinnigen protestantischen Mitbürger! Am
4. Jan. 1880 finden wiederum kirchliche Wahlen statt. Die
Hälfte der bisherigen Vertreter in Gemeindefirchensrath und
Gemeindevertretung scheidet aus. Die Wahlen sind von
der größten Wichtigkeit, denn die Gewählten sind zugleich
die Wahlmänner für die Abgeordneten zu den Kreisynoden
und zur Stadtsynode, in deren Händen das Besteuerungs-
recht ruht. Vor allem gilt es, durch die Wahlen Protest
einzuulegen gegen die Verkümmernng des einem Theile der
Gemeinden gesetzlich verliehenen Rechtes, ihre Geistlichen
selbst zu wählen; es gilt Einspruch zu erheben dagegen, daß
die gerade in Berlin vorzugeweise und in großer Mehrzahl
vorherrschende freisinnige Richtung auf der Generalsynode
fast vollständig unvertreten gewesen; es gilt der von Tag
zu Tag dreifach auftretenden Orthodoxie, deren Lösung ist:
schleunige, kräftige Reaction in Kirche und Schule, einen
Damm entgegenzusetzen; es gilt Zeugniß dafür abzulegen,
daß die von vielen Seiten gegen unsere Stadt und gegen
unsere städtischen Behörden erhobenen schweren Beschuldi-
gungen und Anklagen völlig übertrieben sind. Diesen Auf-
gaben gegenüber dürfen wir, protestantische Mitbürger, uns
nicht lau beweisen; wir dürfen uns nicht von dem so er-
klärlichen Gefühl übermannen lassen, das, angewidert von
den jetzigen kirchlichen Zuständen, sich am liebsten gänzlich
zurückziehen möchte. Wir müssen beweisen, daß Berlin auf
dem Wege ist, wo es sich um Bekämpfung, sei es der poli-
tischen, sei es der kirchlichen Reaction, handelt; daß Berlin
eine protestantische Stadt ist, in welcher Geistesfreiheit und
Duldsamkeit herrscht. Darum sorgen wir dafür: 1) daß
jeder freisinnige Wähler sich bis zum 30. Nov. in die
Wählerliste seiner Pfarodie einschreiben läßt, da nur der
in die Liste Eingetragene wahlberechtigt ist; 2) daß am
Sonntag, 4. Jan. 1880, vormittags, alle in die Wähler-
liste eingetragenen Wahlberechtigten zur Stelle sind. Im
einzelnen werden die Localwahlcomités, welche in allen Ge-
meinden in der Bildung begriffen sind, gern mit Rath an
die Hand geben.

Berlin, 3. Nov.
Im Auftrage des Vertrauensmännervereins für freisinnige
kirchliche Wahlen.
Kempf, Gymnasialdirector. S. Kochmann, Kaufmann und
Kellner der Kaufmannschaft. Mühlhausen, Justizrath. Schrö-
ber, Kammergerichtsrath. Dr. Weber, Professor. Dr. Tschow,
Stadtrath und Mitglied des Abgeordnetenhauses.
Zacharias, Stadtrath a. D.

Das gestrigste Wort des Ministers Maybach
in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Nov.
von der Börse als einem „Gistbaume“ hat natür-
lich, zunächst in Börsenkreisen, aber auch darüber hin-
aus, große Erregung hervorgebracht. Die National-
Zeitung widmet diesem Zwischenfalle einen ganzen Leit-
artikel. Nach dem ihr vorliegenden Sitzungsberichte
sollte Hr. Maybach gesagt haben: „Ich glaube, daß
die Börse ein Gistbaum ist, der über das Leben des
Volkes seinen Schatten verbreitet, und diesem die Wur-
zeln zu beschneiden, halte ich für verdienstlich.“ Einem
solchen Ausspruche gegenüber (der allerdings sehr stark
und von dieser Stelle aus gethan wol kaum gerecht-
fertigt wäre) weist die National-Zeitung darauf hin,
daß die Börse, speciell die zu Berlin, „eine auf Vor-
schriften des öffentlichen Rechts beruhende Einrichtung“
sei, „die unter Aufsicht und Controle der Staatsregie-
rung steht“. Indessen scheinen jene auf die Börse
bezüglichen Worte des Ministers von verschiedenen
Berichterstattern verschieden aufgefaßt worden zu sein.
Nach dem Sitzungsberichte im Reichs-Anzeiger hätte
Hr. Maybach gesagt: „Ich glaube, daß die Börse
„hier“ (d. h. bei der Speculation mit Eisenbahnpapie-
ren) als ein Gistbaum wirkt, der auf das Leben der
Nation seinen verderblichen Schatten wirft, und dem
die Wurzeln zu beschneiden und seine Aeste zu nehmen,
halte ich für ein Verdienst der Regierung.“ Uns
selbst gingen die Worte in folgender Fassung zu:
„Manche persönlichen Interessen werden freilich verletzt
werden, z. B. die der Börse; aber diesem Gistbaume
des Wuchers mit einer Menge von Papieren die Wur-
zeln zu beschneiden und die Aeste zu kürzen halte ich
geradezu für ein Verdienst der Regierung.“ Hiernach
hätte der Minister nur von gewissen Uebelständen der
Börse, nicht von dieser selbst als Einrichtung gesprochen.
In dieser Beschränkung würde auch die National-Zei-
tung nichts dagegen einzuwenden haben, denn sie sagt:
„Hätte Hr. Maybach sich darauf beschränkt, die Uebel-
stände, wenn auch in den stärksten und schärfsten Aus-
drücken, zu charakterisiren und zu verurtheilen, die sich
an eine an und für sich nützliche Einrichtung anheften,
so hätte er sicher keinen Widerspruch zu befürchten ge-
habt. Die Verlehrung der Geschäftsvermittlung zu
einem Hazardspiel ist ein großes Uebel. Die Mittel,
mit welchen dieser Hazard getrieben wird, sind oft die
verwerflichsten, der Einfluß dieses Spiels ein sehr
schlimmer. Aber auf die gesammte Einrichtung, auf
den Verkehr der gesammten Kaufmannschaft ein so un-
glaubliches Wort anzuwenden, das muß den lebhaftesten
Protest hervorrufen.“ Inzwischen hat in der
gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Minister
selbst jene seine Worte richtig gestellt. Wir verweisen
darüber auf den Sitzungsbericht oben.

Das Berliner Tageblatt berichtet aus Berlin:
„Das Börsencommissariat hat beschlossen, die
Kellner der Kaufmannschaft in Angelegenheit der
Aussprechung des Ministers Maybach im Abgeordneten-

hause, daß die Börse einem Gistbaume zu vergleichen
sei, eine Bemerkung, welche an heutiger Börse unter
den Börsenbesuchern große Aufregung hervorgerufen
habe, aufzufordern, geeignete Schritte zu thun.“

Die National-Zeitung, indem sie ihr Urtheil über
den Werth der sogenannten Garantien bei der Eisen-
bahnvorlage sich vorbehält, beklagt nur die Un-
möglichkeit, dieselben sofort in der Form eines Gesetzes
zu redigiren. Es bleibe dem Abgeordnetenhause, wenn
man dem Herrenhause die Frist, sich auch seinerseits
schlüssig zu machen, nicht in ganz unbilliger Weise
verkürzen wolle, nur eine Frist von etwa einem Monat
übrig, um über eine Vorlage zu berathen, die für den
ganzen Staatshaushalt so schwere und zugleich so un-
widerprüfliche Folgen haben müsse wie kein anderer Ge-
genstand, der je zuvor den preussischen Landtag be-
schäftigt. Die Eisenbahnprojecte des Fürsten Bismarck
reichen bis auf das Jahr 1875 zurück, und nachdem
dieselben jahrelang kein greifbares Resultat geliefert,
werde jetzt eine Angelegenheit von unerwartet großer
Wichtigkeit mit einer solchen Eile betrieben, ja über-
hastet, daß kaum denkbar sei, es könnte alles das ge-
wahrt werden, was man selbst auf Seiten der Wahr-
heit wahren wolle.

Die „Post“ spricht sich ziemlich scharf gegen diese
Haltung der National-Zeitung in der Eisenbahn-
frage aus, die, wie sie meint, eine Verschleppung der
ganzen Sache bezwecke. Sie gibt der Majorität in
dieser Frage den Rath, „es so zu machen, wie es im
Reichstage auf Hrn. Berger's Rath in der Tariffrage
geschah: die Garantien und andere Mobilisations-
fragen als ihr Interim zu behandeln und sich nicht
mühselig zu lassen durch die Raisonnements von
Blättern und Männern, welche planmäßig der Sache
Steine in den Weg werfen wollen“. Uebrigens ver-
trete die National-Zeitung hier nur eine verschwindend
kleine Minorität der national-liberalen Partei und das
Gros der Fortschrittspartei.

Die „Tribüne“ macht darauf aufmerksam, daß die
gemäßigt liberale Partei die Regierung auch bisher
schon in der Vervollständigung und Erhaltung des
Staatsbahnetzes eifrig unterstützt habe. In wirth-
schaftlicher Beziehung liege nun für die liberale Partei
die Sache heute noch so wie damals. Nothwendig aber
sei, für die Alleinherrschaft des Staates namentlich
auf dem Gebiet der Tarifpolitik sichere Schutzwehren
zu schaffen. „Nicht in der Streitfrage um das Princip“,
sagt sie, „sondern hier liegt der eigentliche Sitz der
Materie“. Die finanzielle Frage werde kein Hinderniß
mehr für die Genehmigung der Ankaufsvorlagen sein,
obwohl man selbst von conservativer Seite eine ernst-
liche Prüfung der Verträge in dieser Beziehung für
nützlich halte. Alle Bedenken, die sich aus dieser Prüfung
ergeben könnten, würden vor der Frage nicht stand-
halten: ob es gerathen sei, die einmal abgeschlossenen
Thatsachen zu beseitigen. Das ganze Bestreben müsse
sich daher auf die Forderung derjenigen Garantien be-
schränken, die nothwendigerweise für die Ordnung und
Bewahrung der Tarife gegeben werden müssen. „Die
gestrige Rede des Hrn. Maybach“, sagt die „Tribüne“,
„zeigte von diesen Forderungen bereits einen schwachen
Widerschein.“

Zu der Aussage eines conservativen (!) Abgeord-
neten bei der Budgetdebatte, daß eine der Ursachen
des gegenwärtigen Deficits zu erkennen sei „in der
Verschwendung, welche bei allen Staatsbauten ge-
herrschet habe“, macht die National-Zeitung folgende
Bemerkung:

Es ist vielen Personen, und nicht zum wenigsten in der
conservativen Partei, erst in der jüngsten Zeit zum Be-
wusstsein gekommen, daß allerdings mit Verschwendung und
ganz unnützlich, nicht einmal erfreulichem Aufwand gebaut
worden ist. Es galt das nicht allein von den neulich im
Hause erwähnten Postpalästen; es gilt wol am wenigsten
von den neulich gleichfalls gerügten Universitätsbauten;
aber es gilt ganz ohne Frage von dem Prunk der militä-
rischen Bauten, namentlich der weit über das Bedürfniß
und über einen zulässigen Aufwand kostspieligen Offizierscasinos
und Generalcasinos. Hier ist, während die Kriegs-
verwaltung dem Reichstage seine genaue Rechnung zu legen
brauchte, sehr viel vergeudet worden; man hat sich in be-
fremdlicher Weise von dem Herkommen entfernt; und es
bleibt nur zu wünschen, daß die conservative Partei im
Reichstage recht kräftig ihre Sparsamkeitspredigten vor allem
in Beziehung auf die Militärbauten wiederholen möge.

Die „Post“ schreibt: „Mit Rücksicht auf einen
in Nr. 523 der National-Zeitung mitgetheilten Brief
des Abg. Strippelmann an den Geheimrath Sattig
in Götting, welcher unter anderm die Notiz enthält,
daß die Bildung einer gemäßigt-liberalen Frac-
tion, bestehend aus der freiconservativen Partei, dem
rechten Flügel der National-Liberalen und dem linken
der Conservativen (den sogenannten Neiconservativen),
„in Aussicht genommen sei“, können wir auf Grund
authentischer Information die Erklärung abgeben, daß
in maßgebenden Kreisen der uns nahe stehenden Partei
von der Aussicht einer solchen Fusion zur Zeit nichts
bekannt ist. Der betreffende Brief, welcher nicht zur
Veröffentlichung bestimmt war, drückt lediglich die
subjective Anschauung des Herrn Briefstellers aus.“

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „In Be-

treff der immer wieder auftauchenden Mittheilungen
von Arbeiten, beziehungsweise Gutachten des Kron-
syndikats in der Angelegenheit des Herzogs von
Cumberland etc., welche neuerdings so weit gehen,
wir die positive Versicherung geben, daß die Kron-
syndici mehr als drei Jahre nicht berufen und ver-
sammelt gewesen sind, also auch keine Rechtsgutachten
abgegeben haben können, da ein solches von ihnen
nicht erfordert worden.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen,
12. Nov. Die Stadt Saalfeld, welche mit noch
einigen Städten die Scherzen einer Zinsgarantie
für die Gera-Eichicht-Eisenbahn zu tragen hat, will
sich, gestützt auf einen Beschluß des meiningener Land-
tages, jetzt dieser Last entledigen und nimmt daher
eine 4 1/2 Proc. Anleihe von 124000 M. auf, um damit
ihre Verpflichtung abzulösen. Die Anleihe wird zum
Curse von 101 begeben und mittels Auslosung in
52 Jahren getilgt. — In Gotha wurde gestern die
13. und heute die 14. Leichenverbrennung voll-
zogen; gestern war es die Leiche einer Frau Dietrich,
heute die eines Generalagenten Schimon aus Wien.

Bayern. Der augsburger Allgemeinen Zeitung
berichtet man aus München vom 11. Nov.: „Se.
Maj. der König haben geruht den Ministerialrath
Dr. v. Ziegler aus Rücksicht auf dessen Gesundheits-
verhältnisse von der Function des Cabinetsekretärs zu
entheben und ihm einen weitem Urlaub von zwei
Monaten zu gewähren. Zum Cabinetsekretär haben Se.
Maj. den Regierungsassessor im königlichen Ministerium
des Innern Dr. Ludwig Müller unter Vorübertragung
zum Regierungsrath allergnädigst ernannt.“

Baden. Der National-liberalen Correspondenz
wird aus Baden über den auch dort nun bald zusam-
mentretenden Landtag geschrieben: Daß bei den
Wahlen die national-liberale Partei mehrere Sitze ver-
loren hat, ist bestimmt. Die Ultramontanen haben
ein paar neue Sitze erobert, ebenso der wesentlich durch
evangelische Orthodoxie vertretene „Conservativismus“.
Bedenklicher als die Siege der Gegner scheint dem
Briefschreiber für die national-liberale Partei in Baden
die Wandlung, welche sich gelegentlich der diesmaligen
Wahlen in ihren eigenen Reihen kundgegeben. Unter
den Gewählten erscheine eine Reihe neuer Männer.
Das wäre an sich nichts Unerfreuliches, wenn nur die
Ursache nicht größtentheils dieselbe wäre, welche in
Preußen die Bevölkerung in so weitem Maße dem
Liberalismus überhaupt abspenstig gemacht hat. Der
Briefschreiber sagt hierüber:

Die handelspolitischen Fragen, welche der national-libe-
ralen Partei im Reichstage eine gefährliche Klippe geworden
sind, wurden natürlich auch hier von Ultramontanen und
Conservativen als Lanckapfel in die Reihen der Liberalen
geworfen. Eine Umstimmung der Bevölkerung fand statt.
Das betrübendste Symptom dieser Umstimmung zeigte sich
darin, daß der durch geistige Bedeutung, warmen Patrio-
tismus, Lauterkeit der Gesinnung, und unerwähnte Tapfer-
keit gleich hervorragende Führer der liberalen Kammer-
mehrheit, Kiefer, nahe daran war, vom Landtage ausgeschlossen
zu werden. Den Wählern der Haupt- und Residenzstadt
Karlsruhe gereicht es zur Ehre, die national-liberale Partei
vor dieser Selbstschädigung bewahrt, ihr durch die Wahl
Kiefer's den alten Charakter erhalten zu haben. Bei dem
persönlichen Zusammensein in Karlsruhe wird sich trotz der
neuen Elemente die Homogenität der Partei hoffentlich um
so leichter erreichen lassen, als große principielle Geset-
gebungsaufgaben nicht in unmittelbarer Aussicht stehen.
Von Bedeutung könnten allein etwaige Vorlagen zur Be-
seitigung des kirchen-politischen Conflicts werden. Bis jetzt
geben in dieser Beziehung nur dunkle Gerüchte, zu wenig
beglaubigt, als daß sie eine nähere Betrachtung verlohnten.
Die habsische Regierung hat der Curie oft genug ein fried-
liches Entgegenkommen gezeigt; sie ist stets mit einem
starken non possumus zurückgewiesen worden. Noch liegt
kein Anzeichen vor, daß hierin eine grundsätzliche Aenderung
eingetreten wäre.

Elfaß-Lothringen. Die Neue Preussische Zei-
tung theilt über die am 10. Nov., abends 7 Uhr,
in Straßburg verstorbene Gemahlin des Statthal-
ters v. Manteuffel Folgendes mit: „Die heim-
gegangene Gemahlin des Statthalters der Reichslande,
Freifrau Gertha v. Manteuffel, war die am 6. Aug.
1818 geborene älteste Tochter des nachherigen (am
9. Juli 1837 verstorbenen) königlichen Generalleuten-
ants Job (Hob) v. Wigsleben, Geh. Staats- und
Kriegsministers und Generaladjutanten Sr. Maj. des
Königs, und der am 25. Juni 1858 zu Berlin ver-
storbenen Frau Auguste v. Wigsleben, geborene v. Splitt-
gerber. Frä. Gertha v. Wigsleben vermählte sich am
16. Jan. 1844 dem Frhrn. v. Manteuffel, damals
Rittmeister, aggregirt dem 1. Dragonerregiment und
Adjutanten bei Sr. königl. Hoh. dem Prinzen Albrecht
von Preußen, bei dessen Gemahlin Frä. Gertha v. Wigs-
leben zuvor Hofdame gewesen war. Freifrau v. Man-
teuffel zeichnete die musikalische Begabung und der
hochherzige Sinn ihres Vaters, als Frau die edeln
Eigenschaften ihrer Mutter aus. In ihrem Familien-
leben als Gattin wie Mutter gleich beglückend, war
sie wohlwollend gegen jedermann. Sie war eine treue
Patriotin, die ihren Gemahl voll zu würdigen ver-
stand, wie er sie; befreundet mit Leopold v. Ranke,
stimmte sie auch mit diesem in der Richtung in ihrem

reichen hie
Copper sch
Wie der Ra
so lebt der
ist doch, wa
gedachte Co
sigen Ehef
zeichnung,
gleichweise
Montag
zuor das
in lauten
durch den
Wort sprech

Zu de
folgers
Man wol
gehendem
in der wien
allmählich
Nachbar
ganze Polit
angezettelt
ein Desavou
der ihm ver
Symptom
burger Hofe
vor der ag
wenigsten
Es ist ein
begreifen
angehörte
in und Wi
schliffe zu
Entente ab
von vornh
Kastland
rechtigung,
friedliche

Die
Tagegesch
Die Mel
folger von
des kaiserlich
einem petere
denz ihre Be
nach Berlin
wesenheit ge
Jaren bilden
tern nach
der Melbu
Zeitung, de
genommen
Nofification
willende Kai
Deshalb feie
tungen der
eingestellt
der russische
nehmen sollte
Monarchen
der Gründe,
schaffe bestin
zieht sich be
auch der Um
für Bisma
Tagen sich
sich Herr

Die Re
den großf
hängt so au
Der Gro
melde, Frei
geraters, de
des Herzogs
Wien begeben
werden, weld
von Wien se
den. Das p
Esarewitsch
zu wollen un
tare voraus
wurde, der
die Annahme
und weisen
welches erklä
Rahmen der
Londoner Da
Wilhelm hätt
er noch sein
land führen.
russische Man
und Franz
neuesten russi

Aus E
„Post“:
auch heute
für-Thron
werde oder
denblattes
dem es dort
sichtlich dem
sich eigens
Bergschuhen
oder Sonna
auch der Ra
gelehrt sei
indes bis
die Hierperk

Mittheilungen
ten des Kron-
Herzogs von
so weit gehen,
zuführen, können
daß die Kron-
safen und ver-
Rechtsgutachten
hes von ihnen
s Thüringen,
che mit noch
insgarantie
gen hat, will
einerer Land-
nimmt daher
auf, um damit
die wird zum
Auslösung in
rde gestern die
nung voll-
Frau Dietrich,
aus Wien.
einen Zeitung
Nov.: „St.
Ministerialrat
Gesundheits-
inetschefs zu
ub von zwei
ef haben St.
a Ministerium
Beförderung
t.“
Correspondenz
halb zusam-
Daß bei den
ere Sitze ver-
antenen haben
esentlich durch
ervatismus,
scheint dem
tei in Baden
dieimaligen
eben. Unter
er Männer.
wenn nur die
, welche in
Maße dem
t hat. Der
national-Lite-
eppen geworden
ontanen und
der Liberalen
ng fand statt.
ng zeigte sich
rmen Patrie-
blische Zitat-
Kammer-
anggeschlossen
Residenzstadt
berale Partei
die Wahl
n. Bei dem
sich trotz der
öffentlich um
pielle Gehe-
sicht stehen.
gen zur Be-
en. Wiejezt
, zu wenig
verlohten.
ng ein fried-
mit einem
Noch liegt
e Aenderung

reichen historischen Wissen überein. Dem neuen Besty
Lopper schenkte die Heimgegangene ein reges Interesse.
Wie der Name des Generalfeldmarschalls in der Armee,
so lebt der seiner Gemahlin in der Marine weiter:
ist doch, was nur wenigen bekannt sein dürfte, Sr. Maj.
gebente Corvette Bertha nach der Gemahlin des ein-
gebente des Militärcabinetts benannt, eine Aus-
zeichnung, die in ihrer seltenen Art beide Gatten
gleicherweise ehrt. Freifrau v. Manteuffel ist am
Montag Abend gegen 7 Uhr, nachdem sie unmittelbar
zuvor das heilige Abendmahl genommen und darauf
im lauten Gebet ihren Glauben an ihre Erlösung
durch den Heiland bekannt hatte, ohne ein weiteres
Wort sprechen zu können, sanft entschlafen.“

Desterreich-Ungarn.

Zu dem Besuche des Großfürsten-Thron-
folgers in Wien bemerkt der Pester Lloyd:
Man wird nicht fehlgehen, wenn man in dem bevor-
stehendem Besuche des russischen Großfürsten-Thronfolgers
in der Wiener Hofburg ein Zeichen erkennt, daß Rußland,
allmählich die Situation erfassend, eine Annäherung an seine
Nachbarn versucht. Für den Fürsten Gortschakow, der die
ganze Politik der Entfremdung eingeleitet, um nicht zu sagen
angezettelt hat, liegt in diesen Besuchen des Großfürsten
ein Desavou, das stärker ist als irgendein politischer Schlag,
der ihm versetzt werden konnte. Andererseits ist darin ein
Symptom gegeben, daß die maßgebendsten Kreise des peters-
burger Hofes nunmehr selbst darauf bedacht sind, die Sorge
vor der agitatorischen Politik Rußlands, die nicht zum
wenigsten in Wien und Berlin gehegt wurde, zu zerstreuen.
Es ist ein Zeichen der Umkehr, das um so aufrichtiger zu
begreifen wäre, wenn jeder Zweifel an dem Ernste desselben
ausgeschlossen wäre. Ueber diesen Punkt wird man in Ber-
lin und Wien sicherlich nicht verfehlen sich verlässliche Auf-
schlüsse zu verschaffen. Die österreichisch-ungarisch-deutsche
Entente aber bleibt unter allen Umständen anrecht, sie war
von vornherein nicht darauf eingerichtet, eine Fehde mit
Rußland herauszubeschwören, sie behält ihre Existenzbe-
rechtigung, auch wenn die russische Politik zeitweilig in
friedliche Bahnen lenkt.

Die „Presse“ schreibt unter ihrer Rubrik „Zur
Tagesgeschichte“ aus Wien vom 11. Nov.:

Die Meldung der „Presse“, daß der Großfürst-Thron-
folger von Rußland im Laufe dieser Woche zum Besuche
des kaiserlichen Hofes hier eintreffen werde, findet heute in
einem petersburger Telegramm der Politischen Correspondenz
ihre Bestätigung. Von Wien wird sich der Großfürst
nach Berlin begeben. Wie es scheint, soll seine dortige An-
wesenheit gewissermaßen den Ersatz für den Besuch des
Jahren bilden, der anlässlich der projectirten Reise des letz-
teren nach Cannes angefragt war. Diese Reise wäre nach
der Meldung des Berliner Berichterstatters der Breslauer
Zeitung, der Einsicht in eine Privatbesuche aus Livadia
genommen haben will, neuerlich aufgegeben worden. Die
Notifikation dieses Beschlusses sei sowohl an die in Cannes
weilende Kaiserin von Rußland wie nach Berlin erfolgt.
Deshalb seien in Berlin wie in Frankreich die Vorbereitungen
der Sicherheitsbehörden für den Empfang des Fürsten
eingestellt worden, welche diesmal auf den speziellen Wunsch
der russischen Polizei einen größeren Umfang als sonst an-
nehmen sollten, um die persönliche Sicherheit des russischen
Monarchen nach allen Seiten hin zu garantiren. Ein Theil
der Gründe, welche den Kaiser von Rußland zu dem Ent-
schlusse bestimmt haben, seine Reisepläne aufzugeben, ent-
zieht sich der öffentlichen Discussion. Immerhin möge
auch der Umstand in Betracht gezogen werden sein, daß
Fürst Bismarck, dessen Unwohlsein gerade in den letzten
Tagen sich gesteigert hat, an der Bewillkommnung des rus-
sischen Herrschers behindert sei.

Die Neue Freie Presse ihrerseits spricht sich über
den großfürstlichen Besuch und was damit zusammen-
hängt so aus:

Der Großfürst wird, wie man jetzt mit Bestimmtheit
meldet, Freitag oder Samstag in Gesellschaft seines Schwie-
geraters, des Königs von Dänemark, und seines Schwagers,
des Herzogs von Cumberland, sich von Osmunden nach
Wien begeben und von dem Kaiser Franz Joseph empfangen
werden, welcher zu diesem Zwecke aus Gödöllö hier eintrifft.
Von Wien soll dann die Reise nach Berlin fortgesetzt wer-
den. Das petersburger Cabinet scheint diesen Besuchen des
Cesarewitsch einen eminent politischen Charakter aufprägen
zu wollen und sendet denselben allerhand friedliche Commen-
tare voraus. Wir erinnern daran, daß kürzlich gemeldet
wurde, der Cesarewitsch hätte in Paris sich energisch gegen
die Annahme verwahrt, als ob er ein Deutschendlicher wäre,
und weisen auf das Communiqué der Agence russe hin,
welches erklärte, Rußland sei in erster Linie berufen, in den
Rahmen der österreichisch-deutschen Allianz einzutreten. Die
londoner Daily News wissen ferner zu melden, Kaiser
Wilhelm hätte in einem Briefe dem Jaren versichert, weder
er noch sein Sohn würden jemals einen Krieg gegen Ruß-
land führen. Auch die Nachricht, daß zwei neuerschaffene
russische Ulanenregimenter die Namen der Kaiser Wilhelm
und Franz Joseph führen werden, gehört in den Bereich der
neuesten russischen ospatio benevolentiae.

Aus Wien vom 11. Nov. schreibt man der
„Post“: „Die öffentliche Meinung beschäftigt sich
auch heute lebhaft mit der Frage, ob der Groß-
fürst-Thronfolger von Rußland nach Wien kommen
werde oder nicht. In einer Privatmeldung des Frem-
denblattes aus Osmunden heißt es, der Thronfolger,
dem es dort außerordentlich gut gefalle, liege augen-
blicklich dem Jagdvergnügen ob, zu welchem Zweck er
sich eigens ein oberösterreichisches Jagdcoftum sammt
Bergschuhen anfertigen ließ, und werde am Freitag
oder Sonnabend in Wien eintreffen, da bis dahin
auch der Kaiser von Oesterreich aus Gödöllö zurück-
gekehrt sein werde. An officieller Stelle befiht man
indef bis zur Stunde keine bestimmte Meldung über
die Hierherkunft des Cesarewitsch. Es wird heute

hervorgehoben, daß eine derartige officielle Anzeige
überhaupt nicht vorgelegen, daß man aber auf der
russischen Botschaft die Ankunft des Thronfolgers er-
wartet habe und auch jetzt noch für wahrscheinlich halte.“

— Der Weser-Zeitung berichtet man aus Wien vom
12. Nov.: „Großfürst Konstantin wird mit dem
dänischen Königspaar morgen hier eintreffen.“

Italien.

Aus Rom vom 11. Nov. war dem Berliner
Tageblatt telegraphirt worden: „Drei italienische
Kriegsschiffe unter Befehl Amegaza's sind angeblich
segelfertig behufs Bestimmung der Bucht von Assab
am Roten Meer.“ Ein neueres Telegramm sagt
jedoch, daß die Ausendung der Schiffe nur wissen-
schaftlichen Zwecken diene.

Frankreich.

* Paris, 11. Nov. Die République française be-
merkt: „Der Kampf auf Tod und Leben, den wir
mit dem Klerikalismus unternommen haben, hat
nicht die geringste Beziehung mit den Katholiken. Als
Dogma betrachtet ist der Katholicismus Sache der
individuellen Ueberzeugung; als Kirche ist seine Stel-
lung klar und deutlich bestimmt durch das Concordat,
welches in Ehren zu halten, im Geiste sowie in seinem
Wortlaute, wir durchaus entschlossen sind. Der Kleri-
kalismus ist eine politische Doctrin, der Katholicismus
ist eine religiöse. Betrachten wir die Dinge bis auf
den Grund. Da die Religion alle Sphären der mensch-
lichen Thätigkeit berührt, hat natürlich die Kirche sich
über ihre Verhältnisse zur bürgerlichen Gesellschaft
geäußert und äußern müssen. Sie hat sogar darüber
zwei verschiedene, wenn nicht selbst entgegengesetzte
Definitionen gegeben. Die eine davon ist der Kleri-
kalismus oder Ultramontanismus, welcher seine ursprüng-
liche Formel in der berühmten Bulle „Unam Sanctam“,
welche dem Papst Bonifacius VIII. während seinem
Zwiste mit Philipp dem Schönen zugeschrieben wird,
gefunden hat; er besteht in der Theorie der Oberherr-
schaft der geistlichen Gewalt über die bürgerliche. Die
andere Lösung ist weit älter. „Gebt Cäsar, was Cäsar
gehört“, hat Jesus Christus erklärt, und als er von
seiner Königswürde sprach, hat er dargestellt, daß sie
nicht von dieser Welt sei, und daß sie keineswegs in
die Rechte der Könige, der Kaiser und Consuln ein-
greife. Sein Apostel hat sehr kräftig betont, daß man
verpflichtet sei, der eingesetzten Obrigkeit zu gehorchen,
nicht durch Gewalt, sondern aus Gewissenhaftigkeit,
weil diese Obrigkeit, wenn sie auch die eines Nero
wäre, von göttlicher Stiftung sei. Abgesehen von
einigen seltenen Ausnahmen unter ungeschickten Päpsten,
hat die Kirche stets diese Grundsätze befolgt, die poli-
tischen Fragen beiseitegelassen und sich auf Gott ver-
lassen, um die Regierung zu erkennen, der man ge-
horchen muß. Mit andern Worten, der Souverän
de facto ist in ihren Augen der legitime Souverän.
Deshwegen hat sie im Jahre 1804 Napoleon und nicht
Ludwig XVIII. gesalbt. Weiter verlangen wir von ihr
nichts. Verbleibt sie dem Concordat getreu, welches
diese Doctrin proclamirt, gehorcht sie der Republik
als einer legitimen Regierung, weil dieselbe die Re-
gierung de facto ist, so wird sie auch nicht den ge-
ringsten Anstoß erleiden in dem gegenwärtigen Han-
deln, das rein politischer Natur ist. Nichts ist
entfernter von dem Gedanken der Republikaner, als
einen antireligiösen Kreuzzug zu unternehmen, oder
abermals eine bürgerliche Constitution des Klerus vor-
bereiten zu wollen.“

Großbritannien.

Die Verabschiedung des bisherigen russischen Bot-
schafers Grafen Schuwalow von London gibt der
Times Anlaß zu einem längern Leitartikel. Den Grund
seiner Abberufung anlangend, ist sie der Ansicht, daß
dieser weder in einem von seiner Seite im Rathe
seines kaiserlichen Herrn davongetragenen Siege noch
in einer etwa dort erlittenen Niederlage zu suchen sei.
Es könne kaum angenommen werden, daß er bei seiner
Rückkehr nach Petersburg den Fürsten Gortschakow in
dessen Amt ersetzen werde, und noch ungerichtfertigter
erscheine die Annahme, daß er über den Gang, wel-
chen die russische Politik in jüngster Zeit genommen,
ungehalten sei. Eine viel naturgemäßere Erklärung
seiner Abberufung liege in der Auffassung, daß, nach-
dem er fünf, für die Beziehungen Englands und Ruß-
lands höchst ereignisvolle Jahre hindurch den londoner
Botschafterposten versehen, er das Recht erlangt habe,
zeitweilig von seinen Mühen und seiner Verantwortung
entlastet zu werden, um vielleicht zu noch höhern Würden
zu steigen. Was das Verhalten des Grafen Schuwa-
low gegenüber England betrifft, erkennt das leitende
Blatt bereitwillig an, daß er, obwol stets rege für
das Interesse Rußlands thätig, in schwieriger Zeit das
Möglichste zur Verhinderung eines Bruches zwischen
beiden Staaten gethan und zu seinem Theil zur Be-
wahrung des Friedens erfolgreich mitgewirkt habe.
Jetzt, da die wesentlichen Ziele der englischen Politik
erreicht worden, sei übrigens kein Grund vorhanden,

weshalb nicht England auf gutem Fuße mit Rußland
stehen sollte, falls letzteres dies wünsche.

Die „Presse“ sagt die Thatfache, daß Graf Schu-
walow, der russische Botschafter in London, von sei-
nem Posten enthoben und in den zeitweiligen Ruhestand
versetzt wurde, pessimistisch auf. Sie sagt:

Graf Schuwalow gilt seit Jahren, und wol mit Recht,
als der Friedensvermittler zwischen dem russischen Hofe und
dem englischen Cabinet. Nun ist durch das demonstrative
Auftreten Englands in der kleinasiatischen Reformfrage die
Erinnerung an die englisch-türkische Convention vom Juni
1878 und an den dadurch manifestirten Einfluß Englands
auf die Geschicke der Türkei neuerdings in empfindlicher
Weise wachgerufen worden, und man scheint in Petersburg
geneigt, den stillen Kampf gegen Großbritannien, den man
seit dem Berliner Congreß unausgesetzt fortgeführt, jetzt
erst mit verdoppelter Wachsamkeit aufzunehmen. Graf
Schuwalow erscheint daher nicht mehr als der geeignete
Repräsentant Rußlands für den gegenwärtigen Zeitpunkt.
Er soll, wie in diplomatischen Kreisen verlautet, durch den
berzeitigen Botschafter in Konstantinopel, den Fürsten Lo-
banow, ersetzt werden, der soeben seinen ganzen politischen
Witz daransetzt, den Sultan in seinem Widerstande gegen
die englischen Forderungen hinsichtlich Kleinasiens zu be-
stärken.

— Nach Berichten der Times aus Kalkutta soll jetzt
nur wenig Zweifel darüber herrschen, daß Fakub-
Rhan verrätherisch gehandelt habe. Es wird allge-
mein geglaubt, er werde als Staatsgefangener nach
Indien gefendet werden. Man hat nämlich ermittelt,
daß er, während er im Lager des Generals Roberts
vor Kabul weilte, in der Nacht vor der Schlacht von
Charafab von Raib-Mahomed, dem Befehlshaber des
Feindes, besucht wurde, und daß er einen Fluchtver-
such plante, dessen Ausführung indef mißlang.

Niederlande.

Englische Blätter beschäftigen sich in neuester Zeit
viel mit den Niederlanden und bestreben sich, den
Niederlanden Furcht für die Sicherheit ihrer ost-
indischen Colonien einzujößen. Einige sprechen sogar
den Wunsch aus, die beiden niederländischen Staaten,
Holland und Belgien, wieder vereinigt zu sehen, um
dadurch eine Macht herzustellen, in welcher England
einen Bundesgenossen auf dem Continent finden würde.
Die Pall-Mall Gazette hat diesen Gegenstand in einem
„van Tromp“ unterzeichneten Artikel besprochen, worin
Holland aufgefordert wird, die Ereignisse nicht schlfrig
abzuwarten, sondern bei Zeiten Maßregeln zu ergreifen,
um nöthigenfalls seine bedrohte Unabhängigkeit zu
wahren. Es wird dabei auf das deutsch-österreichische
Bündniß als drohend hingewiesen. Das Amsterdamer
Handelsblatt erwidert darauf, indem es zugibt, daß
der Vertheidigungsstand Niederlands vernachlässigt sei,
aber es sagt dabei, daß man sich auf die Politik Eng-
lands in keiner Weise verlassen könne. Staaten wie
Holland, Belgien oder Dänemark müssen es sehr be-
dauern, daß man zu englischen Versprechen und Ga-
rantien nicht das mindeste Vertrauen haben könne,
denn England würde seine Bundesgenossen sofort fallen
lassen, wenn das im augenblicklichen Interesse Eng-
lands sei.

Rußland.

Wie ein Reutersches Telegramm aus Petersburg
meldet, hätte der Minister des Innern den hervor-
ragendsten Vertretern der Presse den Befehl erteilt,
sich in allen Angelegenheiten, die Deutschland,
Oesterreich und Frankreich betreffen, in unbe-
dingtes Stillschweigen zu halten. Namentlich sollen
sie fernerhin auch nicht ein einziges Wort über das
deutsch-österreichische Bündniß schreiben. In Betreff
der Angriffe auf England und die Türkei soll der
Minister erklärt haben, daß die Censur sich nicht hinein-
mischen werde, daß er jedoch bezüglich der erstern Macht
Vorlicht anempfehle.

Griechenland.

Die Stelle der Thronrede, welche sich auf die
auswärtigen Angelegenheiten bezieht, lautet wörtlich:
Der im verfloffenen Jahre zur Regelung der orientali-
schen Angelegenheiten zusammengetretene europäische Con-
greß hat auch Griechenland seine Fürsorge zugewendet.
Meine Regierung hat sich seitdem unausgesetzt mit der Ber-
wirklichung der vom europäischen Congreß angedeuteten
Lösung beschäftigt. Die eben stattfindende Berathung dieser
Angelegenheit gestaltet sich, indem sie sich nunmehr den
praktischen Fragen zuwendet, geheißlicher. Ich hege die
Ueberzeugung, daß die großen wechselseitigen Interessen der
beiden benachbarten Reiche und die Beihülfe der Signatar-
mächte des Berliner Vertrages die gegenwärtigen Verhand-
lungen zu einem geheißlichen Ende führen werden, damit
das Ziel erreicht werde, welches jener Congreß vorgezeich-
net hat.

Königreich Sachsen.

Vom Landtage.

○ Dresden, 12. Nov. In der heutigen Sitzung
der II. Kammer wird das Decret, die Veräußerung
des vormalig zum Kammergute Sorbitz gehörigen Bor-
werks Pennrich betreffend, der Finanzdeputation zur
Berichterstattung überwiesen.

Die Interpellation des Dr. Meißner: Ist die
königliche Staatsregierung gewillt, dem gegenwärti-

gen Landtage den Entwurf eines Gesetzes gegen die Verunreinigung der fließenden Wasser vorzulegen oder doch eine Mittheilung darüber zugehen zu lassen, ob, beziehentlich mit welchen Ergebnissen die Erörterungen über diesen Gegenstand fortgesetzt worden sind, wird der Regierung überwiesen werden.

Es folgt die Verathung über das Decret des landwirthschaftlichen Instituts der Universität Leipzig.

Abg. Günther: Er glaube, daß durch das vorgelegte Decret das in verschiedenen Kreisen bestandene Mißtrauen beseitigt sei, welches im vorigen Landtage die Veranlassung gewesen, die Regierung um eingehende Mittheilung über das gedachte Institut zu ersuchen. Da eine Veranlassung zu irgendwelchen Anträgen nicht vorliege, so wolle Rechner beantragen, die seinerzeit angeregte Frage durch die Vorlage für erledigt zu erklären.

Staatsminister Dr. v. Gerber gibt im Anschluß hieran eine Erläuterung der mit der Anstalt angestrebten Ziele:

Die Landwirtschaft an sich sei keine Wissenschaft, sondern eine wissenschaftliche Praxis. Er ergreife sehr gern die gebotene Gelegenheit, um die Thätigkeit der an der Anstalt wirkenden Männer anzuerkennen. Die besten Hoffnungen für das Institut liegen sich auch durch das für letzteres neuerrichtete Gebäude, welches jetzt fertig wird, künftigen, denn durch dasselbe würde das ganze landwirthschaftliche Institut neu begründet. In nicht zu langer Zeit könne daher die Erfüllung der Hoffnungen erwartet werden, welche man früher gesetzt habe.

Abg. Uhlmann legt den Schwerpunkt der Anstalt in den Umstand, daß dieselbe namentlich Gelegenheit zur Heranbildung von Lehrern für Mittelschulen biete. Uebrigens müsse bestätigt werden, daß in dem Institut der beste Geist herrsche.

Abg. v. Döhlshagen: Die Landwirtschaft habe mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es würde nöthig sein, daß diejenigen, welche sich ihr widmen wollen, immer universelle Bildung hätten. Er wünsche, daß mit der Bewilligung von Mitteln für das segensreiche Institut nicht gefargt werden möge.

Nachdem die Kammer in die Schlußberathung über den Gegenstand getreten, wird derselbe durch das Decret und die gegebenen Erklärungen für erledigt erklärt.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bilden Anzeigen über Wahlen von Abgeordneten. Es stellt sich heraus, daß bis heute keine Einsprüche gegen solche Wahlen eingegangen sind.

Nächste Sitzung der II. Kammer am 14. Nov.

* Leipzig, 13. Nov. Der Haushaltplan der Stadt Leipzig, der im vorigen Jahre mit 5,742,600 M. abschloß, erscheint in seiner Aufstellung für das Jahr 1880 auf 6,064,100 M. erhöht. Die directen Abgaben betragen 1879 2,807,679 M.; sie werden im künftigen betragen 3,058,856 M., also 251,177 M. mehr. Die Hauptausgaben der Stadtgemeinde Leipzig entfallen auf die Schulen mit 1,516,660 M., die Zinsen für Anleihen mit 1,034,375 M., die Sicherheitspolizei mit 498,440 M., die Wohlfahrts-polizei mit 407,824 M., die milden Anstalten mit 409,577 M. u. c.

Bei dem Vogenschlügendiner in Dresden machte Oberbürgermeister Dr. Stäbel, indem er den auf die städtischen Behörden ausgebrachten Loast erwiderte, gelegentlich auch die von allen Anwesenden mit großem Jubel aufgenommene Mittheilung, daß die allgemeine Deutel- und Rassenkrankheit der ganzen Welt sich nicht auf die Rassen Dresdens erstreckt, daß vielmehr auch im nächsten Jahre keine höhern Steueransprüche an die Gemeindeangehörigen gestellt werden würden.

9 Leipzig, 13. Nov. Heute früh kurz nach 4 Uhr stürzte sich aus der zweiten Etage eines Hauses der Schulgasse ein dort in Wohnung und Stellung befindlicher junger Mann, aus Rabefeld gebürtig, unverheirathet, 27 Jahre alt, auf die Straße herab und war sofort todt. Ein Halskabel, an welchem derselbe hoffnungslos litt, soll die Veranlassung zu der traurigen That gegeben haben.

Personalnachrichten.

Ordensverleihungen. Königreich Sachsen. Verdienstorden, Ritterkreuz I. Kl.: die Reichsgerichtsräthe, vorherigen königlich sächsischen Oberappellationsräthe Konrad Robert Küger und Johann Georg Heinrich Scheele; 2. Kl.: der in Ruhestand getretene Secretär bei der Kanzlei des vormaligen Appellationsgerichts zu Zwidau, Commissionsrath Karl Robert Lindner.

Handel und Industrie.

Nachdem eine Sitzung der vom Bleibenden Ausschusse des Deutschen Handelstages behufs Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur einheitlichen Organisation der deutschen Handelskammern niedergesetzten Commission unter Vorsitz des Hrn. Schnoor und unter Theilnahme der Herren Bethge-Palke, Commerzienrath Chevalier-Stuttgart und Geh. Commerzienrath Helmendahl-Krefeld sowie des General-secretärs Consuls a. D. Knecke am 8. Nov. in Leipzig stattgefunden (bei welcher mit beratender Stimme die Herren Lorenz als Mitglied und Dr. Gensel als Secretär der Handelskammern zugezogen waren), ist die Gesammt-sitzung des Bleibenden Ausschusses auf den 21. und 22. Nov. angelegt.

* Glasgow, 12. Nov. (Rohisen.) Mixed numbers warrants 54 Sh. 9 D.

* Antwerpen, 12. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 1/2 bez., 20 Dr., per December 20 1/2 bez., u. Dr., per Januar 20 1/2 bez., u. Dr., per Januar-März 20 1/2 Dr. Steigend.

* Liverpool, 12. Nov. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 20000 Ballen, davon für Speculation und Export 5000 Ballen. Amerikaner voll 1/2 D. höher, Surats steigend. Middling amerikanische November-December-Lieferung 6 1/2, Januar-Februar-Lieferung 6 1/4, November-December-Berücksichtigung 6 1/2 D. (Weitere Meldung.) Brasilianer, Surats, braune Ägypter 1/2 D., weiße Ägypter 1/2 D. theurer.

* Lotterie. * Leipzig, 13. Nov. In der heutigen zehnten Ziehung 5. Klasse 96. Königlich sächsischer Landeslotterie fielen folgende Gewinne auf die beigefügten Nummern: 150000 M. auf Nr. 63111; 5000 M. auf Nr. 31850; 3000 M. auf die Nrn. 816, 4422, 6887, 11971, 17036, 17594, 18677, 20283, 22833, 22955, 23175, 24096, 24840, 25565, 26934, 29421, 36952, 39800, 40677, 41854, 43102, 47855, 47908, 48158, 48814, 50692, 53492, 56803, 61884, 62771, 63405, 64938, 66729, 70399, 70432, 78254, 83824, 85919, 88171, 91651, 92844, 92793.

1000 M. auf die Nrn. 15, 3670, 5287, 6300, 8809, 9607, 13734, 15633, 21401, 21464, 21576, 24531, 30629, 40172, 43030, 43078, 45971, 51852, 61429, 66211, 68399, 71289, 73805, 74367, 76809, 79683, 81727, 82604, 88533, 93556, 99922.

500 M. auf die Nrn. 2662, 3583, 12037, 14487, 14806, 16324, 16611, 22427, 23065, 28600, 30629, 30826, 31070, 32270, 36356, 38206, 40554, 40699, 42773, 49007, 49474, 49615, 49942, 50887, 56791, 57197, 58588, 59412, 60540, 65312, 68723, 72896, 74767, 74772, 76214, 77408, 77464, 79774, 82801, 85562, 89196, 90201, 94597, 94926.

Börsenberichte.

* Berlin, 13. Nov., 12 Uhr 5 Min. Eröffnungscurs. Oest. Creditact. 468,—, Oest.-Franz. Staatsob. 468,—, Oest. Südbahn (Comb.) 138,—, Berg.-Märk. 92,—, Köln-Mindener 143,—, Galiz. Karl-Ludwigsb. 104,—, Rhein. 147,—, Rumän. 42,75, Disconto-Comm. 173,40, Königs- und Laurahütte 93,25, Oest. Lofe v. 1860 123,50, do. Goldrente 69,75, do. Silberrente 61,40, do. Papierrente 59,30, Russ. Anl. v. 1877 88,60, do. Banca 213,25, Deutsche B. 131,50, Ung. Goldrente 81,90, Lombard: still.

Aus Wien bekannte Kurse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Oest. Creditact. 268,70, Oest.-Franz. Staatsbahnact. 268,70, Oest. Südbahn (Comb.) 94,60, Galiz. Karl-Ludwigsb. 239,—, Oest. Goldrente 80,30, Deutsche Marknoten 57,60, Napoleons'or 9,30, Lombard: schwach.

* Berlin, 12. Nov., 3 Uhr 10 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 96,80, 4proc. preuß. consol. Anl. 96,90, 3proc. sächs. Rente 74,—, Oest. 1860er Lofe 123,40, do. Papierrente 59,30, do. Silberrente 61,40, do. Goldrente 69,80, Ungar. Goldrente 82,—, Russ. consol. 5proc. 1877er Anl. 89,—, do. Orientanleihe II 59,70, do. III —,—, Bankactien. Allg. Deutsche Creditanst. 147,—, Chemn. Bank. 89,—, Koburger Cred. 85,90, Darmst. B. 139,75, Deutsche B. 131,60, Deutsche Reichsb. 153,70, Disconto-Comm. 173,90, Dresd. B. 121,75, Oester. B. 92,90, do. Handels- u. Creditb. 50,—, Gathair B. 96,—, Leipziger Discontoges. 82,40, Meining. Creditanst. 84,50, Oberlauf. B. 75,50, Sächs. B. 111,90, Schönb. B. 22,—, Thüring. B. —,—, Weimar. B. 42,50,— Oest. Creditanst. 470,—, Berliner Handelsgesellschaft 79,—, Prag-Dux 42,25, Pilsener Priesen 42,90.

Industrieactien. Gelsenkirchen 119,—, Königs- u. Laurahütte 93,60. Eisenbahnactien. Auffs.-Lept. 175,—, Berg.-Märkische 91,75, Berlin-Anh. 98,25, Berlin-Potsd.-Magdeb. 93,90, Breslau-Schweidnitz-Freib. 89,50, Berlin-Stettin 109,60, Köln-Minden 142,75, Galiz. Karl-Ludwigsb. 104,25, Halle-Soran-Suben 14,—, Magdeb.-Halberst. 142,40, Mainz-Ludwigsh. 83,30, Oberhessl. La. A 166,75, Prag-Luzna 44,10, Oest.-Franz. Staatsbahn 459,50, do. Nordwestb. 238,50, do. südl. Staatsb. 138,—, Rhein. 147,—, Rumän. Stammact. 42,80, do. Stammprior. 101,60, Tsch. 142,25, Weimar-Gera Stammprior. 20,50, Rechte Oberufer 133,50, Berlin-Görlitzer 16,25.

Sorten. Napoleons'or 16,14, Oest. Banknoten 173,60, do. Silbergulden 175,50, Russ. Banknoten 213,70. Wechsel. Petersburg l. S. 212,80, do. 3 M. 210,60, Wien l. S. 173,60, do. 2 M. 172,60.

* Frankfurt a. M., 12. Nov. Schlußcurs: Londoner Wechsel 20,340, Wiener Wechsel 173,50, 3proc. Sächsische Rente 74, Oest. Goldrente 69 1/2, Ungar. Goldrente 82, Russ. Orient-Anl. II, 59 1/2, Köln-Minden 143 1/2, Galizier 207, Oest. Ludwigsbahn 83 1/2, Lombarden 69 1/2, Staatsb. 228 1/2, Darmst. Bankact. 140, Meiningen 84 1/2, Oesterr. Creditact. 233.

* Hamburg, 12. Nov. Silberrente 61 1/2, Goldrente 69 1/2, Creditactien 233, 1860er Lofe 124, Franz. 571, Lombarden 173, Stal. Rente 77 1/2, 1877er Russen 88 1/2, Vereinsbank 120 1/2, Laurahütte 92 1/2, Commerzbank 116 1/2, Norddeutsche 153, Intern. Bl. —, Amerik. 95 1/2, Köln-M. 143 1/2.

* Wien, 12. Nov. Schlußcurs: Papierrente 68,30, Silberrente 70,90, 1860er Lofe 123,—, Nordwestb. 137,50, Bankact. 839,—, Creditact. 270,10, Anglo-Russ. Bank 135,80, London 116,40, Silberagio 100,—, Ducaten 5,55, Napoleons'or 9,29, Galiz. 239,60, Staatsbahn 263,80, Lomb. 80,—, Goldrente 80,40, Deutsche Marknoten 57,50.

Leipziger Productenbörse vom 13. Nov. mittags 1 Uhr. Witterung: Regnerisch. Weizen per 1000 Ko. netto loco 224—234 M. bez.; unverändert. Roggen per 1000 Ko. netto loco 178—188 M. bez., fremder 170—177 M. bez.; unverändert. Gerste per 1000 Ko. netto loco 160—190 M. bez. Hafer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 145—148 M. bez. Mais per 1000 Ko. netto loco rumänischer 160 M. bez., amerikanischer 150 M. bez. Kaps per 1000 Ko. netto loco 235—240 M. bez. Kapsluchen per 100 Ko. netto loco 13 M. Dr. Mühl per 100 Ko. netto loco per Nov.-Dec. 57 M. bez., per Dec.-Jan. 57 M. Dr.; unverändert. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Fass loco 59,20 M. G.; billiger.

* Leipzig, 13. Nov. Bei wenig animirten Nachrichten von auswärts vermochte die heutige Börse es zu einer eigentlich lebhaften Entwicklung nicht zu bringen. Gleichwohl gefleht blieb der Verkehr auf eine mäßige Anzahl von

Papieren angewiesen, deren Transactionen jedoch nur in vereinzelt Fällen von Bedeutung waren. Im großen und ganzen blieb die Haltung der Börse fest, es mangelte aber an Geschäftslust, und dem zufolge fanden auch in den Curfen nur unwesentliche Veränderungen statt.

Ziemlich große Umsätze entwickelten sich in Reichsanleihe und Sächsischer Rente. Ausländische Fonds ruhig. Bahnen ziemlich fest, das Geschäft war jedoch geringfügig; beliebt waren leichte Werthe, wie Böhmische Nordbahn, Graz-Köflach, Buschtiebrader A und B, denen sich noch Auffs.-Leptiger angeschlossen.

Stammprioritäten geschäftlos. Kotibus-Großhändler fest; einiges Geschäft fand in Dux-Bodenbacher B zu etwas höhern Cours statt.

Bankactien recht fest; sehr großes Geschäft entwickelte sich in Leipziger Credit, die um 1,25 stiegen; Oester. Bank steigend, Leipziger Bank und Cassenverein angenehm.

Industrieactien im ganzen wenig beliebt; Oöbliser in gestriger Notiz in gutem Umsatze, Leisniger Mühlen steigend und stark gefragt.

Rohlenactien in ziemlich gutem Umsatze; Bräudenberg Vorzugsactien abermals höher.

Prioritäten in mäßigem Verkehr.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Tilsit, 13. Nov. Die Tilsiter Zeitung berichtet: „Der Oberpräsident Horn benachrichtigte telegraphisch den hiesigen Magistrat, das Ministerium habe wegen der fortdauernden Anstände seitens der russischen Behörde gegen die Tourfahrten des preussischen Dampfers Falke auf dem russischen Riemem die Inhibirung der Tourfahrten der russischen Dampfer auf dem preussischen Riemem beschlossen; dieselbe sei bereits angeordnet.“

* Budapest, 12. Nov. Unterhaus:

Im Laufe der Debatte über die Vorlage betreffend die Verwaltung Bosniens erklärte der Ministerpräsident Tisza, die bosnische Angelegenheit sei keine interne, sondern eine beiden Reichshälften gemeinsame. Sollte die Vorlage verworfen werden, so würde für einen andern Vorschlag keine Majorität vorhanden sein. Die von der Opposition beschriebenen Gefahren seien nicht eingetreten. Die Anklage, daß die Regierung russische Politik getrieben habe, habe sich als ungerichtet erwiesen. Die Occupation habe höchstens eine Erhaltung der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu dem Staate, mit welchem die Opposition Krieg zu führen wünschte, verursacht. Die vorgebrachten Argumente richteten sich gegen die Occupation selbst, aber nicht gegen die Vorlage, welche an der Thatfache der Occupation nichts ändern könne. Gefährlich wäre eine von der Oesterreich-ungarischen Monarchie unabhängige Regierung in Bosnien. Jedensfalls sei es vorzuziehen, daß Bosnien unter der Herrschaft Oesterreich-Ungarns sei, als daß dort nominell die Türkei und in Wirklichkeit Rußland oder der Panlawismus herrsche. Die Errichtung einer unabhängigen Regierung in Bosnien würde den Zerfall des Dualismus verursachen; der Einfluß der ungarischen Regierung sei nach der Vorlage vollständig gesichert. Der Dualismus würde für gefährdet gelten müssen, wenn die Annahme Glauben fände, daß auf der Grundlage des Dualismus ein energisches und consequentes Wirken noch außen unmöglich sei. Die Vorlage entspreche der Verfassung und schränke weder Ungarns noch Oesterreichs Selbstständigkeit ein. Hierauf interpellirte der Abg. Simonpi den Finanzminister Szapary darüber, ob es wahr sei, daß er den Abg. Pazmany zum Duell habe fordern lassen; an das Gesamtministerium richtete derselbe Abgeordnete die Interpellation, ob dasselbe die letzte Antwort des Ministers Szapary auf die Interpellation des Abg. Pazmany in der Angelegenheit des Verkaufs der Grundentlastungssobligationen für ausreichend halte. Der Finanzminister Szapary sagte die Beantwortung der an ihn gerichteten Interpellation zu und beantwortete schließlich noch eine Anfrage des Abg. Lufacz wegen einer angeblichen Ueberschreitung der bewilligten Credit. Das Haus nahm die Antwort des Ministers zur Kenntniß.

* Madrid, 12. Nov. Deputirtenkammer: Der Deputirte Carjaval richtete die Anfrage an die Regierung, ob die bevorstehende Vermählung des Königs ein Bündniß Spaniens mit Oesterreich herbeiführen würde. Carjaval hob hierbei hervor, daß es im Interesse Spaniens liege, sich eher mit Frankreich als mit Oesterreich zu verbinden. Der Minister des Auswärtigen erklärte, daß er die Anfrage morgen beantworten werde.

* Paris, 12. Nov. Der Temps meldet, daß Gambetta gestern mit dem Präsidenten der Republik, Grévy, eine lange Unterredung über verschiedene Fragen der innern und der auswärtigen Politik gehabt habe, und daß sich beide Staatsmänner, gutem Vernehmen nach, in vollkommenem Einverständnis über die betreffenden Fragen befänden.

* London, 12. Nov. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Malta vom 12. Nov. gemeldet, der Admiral Hornby habe seinem Geschwader Ordre ertheilt, sich bereit zu halten, in vier Tagen ostwärts abzusegeln.

* London, 13. Nov. Dem Reuter'schen Bureau wird aus der Capstadt vom 28. Oct. gemeldet: „Die Boers von Potchefstroom begingen ähnliche Ausschreitungen wie jüngst in Middleburg. Der Commandant Raff verließ Middleburg; er meldet, die Boers seien entschlossen, den Proceß ihrer angeklagten Landbesitzer zu verhindern. — Moiroufi verweigert die Capitulation; die Belagerung hat wieder begonnen.“

* Washington, 13. Nov. Sherman beabsichtigt, in seinem Jahresbericht den Congress zu ersuchen, die Convertirung der 5proc. und der 1881 fälligen 6proc. Bonds in 4proc. zu genehmigen.

Leipziger Börse. 13. Nov.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, and Warschau.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, listing titles, terms, and prices.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of different types of securities and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for various companies.

Bank- u. Credit-Actien.

Table of bank and credit stock prices.

Eisenbahn-St.-Fr.-Actien.

Table of railway stock prices.

Bank- u. Credit-Actien.

Table of bank and credit stock prices.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table of industrial stock prices and priorities.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds and securities.

Leipziger Börse. 13. Nov. (continued)

Table of stock prices for various companies and sectors.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway bond prices.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal stock prices and priorities.

Advertisement for 'Ankündigungen. Theater der Stadt Leipzig.' listing plays like 'Der Rattenfänger von Hameln' and 'Doctor Klaus'.

Vertical text on the left margin, partially cut off, containing various fragments of text.

Vertical text on the right margin, partially cut off, containing various fragments of text.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Brockhaus' Conversations-Lexikon.

Zwölfte Auflage. 15 Bände. Geheftet 90 M. In Halbfranzband 112 M. 50 Pf. (Auch in 180 Heften à 50 Pf. zu beziehen.)

Die zwölfte umgearbeitete, verbesserte und vermehrte Auflage des altberühmten Werks ist soeben vollendet worden; Brockhaus' Conversations-Lexikon empfiehlt sich demnach ausser durch Gediegenheit der Bearbeitung und Wohlfeilheit des Preises namentlich auch als das neueste, bis auf die unmittelbare Gegenwart reichende.

Besitzer einer früheren Auflage des Brockhaus'schen oder irgendeines andern Conversations-Lexikon können diese neue Auflage durch Umtausch

erwerben, wobei das alte Exemplar für 30 Mark angenommen wird, welche von dem obigen Preise in Abzug kommen.

Eine bildliche Ergänzung des Conversations-Lexikon bietet das gleichfalls vollständig vorliegende populäre Prachtwerk:

Bilder-Atlas.

500 Tafeln in Folio. 8 Bände. Geh. 75 M. Geb. 105 M. Erläuternder Text. 2 Bände. Geh. 15 M. Geb. 20 M.

Jede Buchhandlung führt Bestellungen auf beide Werke aus und vermittelt auch das Geschäft des Umtausches. Prospekte gratis. [2115]

Sonnabend, d. 15. November 1879.

Zweite Kammermusik im Saale des Gewandhauses zu Leipzig.

Mitwirkende: Die Herren Capellmeister Heinecke (Pianoforte), Concertmeister Röntgen, Holland (Violine), Thümer (Viola) und Schröder (Violoncell).

Quartett für Streichinstrumente (No. 9, F-dur) Mozart. Trio für Pianoforte u. Streichinstrumente (Op. 1, C-moll) Beethoven. Quartett für Streichinstrumente (Op. 41, A-moll) Schumann.

Billets à 3 Mark sind im Bureau der Concert-Direction und am Haupteingange des Saales zu haben.

Einlass um 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. [2110] Die Concert-Direction.

Originalpreise. Günstige Conditions. Insertions-Aufträge für sämtliche hiesige und auswärtige Zeitungen. Carl Schüssler. Hauptbureau: Hannover, Theaterplatz 7, vis-à-vis dem Königl. Theater.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Flügel's Praktisches Wörterbuch der Englischen und Deutschen Sprache.

Drei zehnte durchgesehene und verbesserte Auflage. Zwei Theile. 8. Geh. 15 M., geb. 17 M. 50 Pf. Englisch-deutscher Theil: geh. 6 M., geb. 7 M. 25 Pf. Deutsch-englischer Theil: geh. 9 M., geb. 10 M. 25 Pf.

Das von Dr. Felix Flügel unter Mitwirkung von Dr. S. O. Flügel bearbeitete englisch-deutsche und deutsch-englische Wörterbuch gilt allgemein als das vorzüglichste für den praktischen Gebrauch.

Leipziger Tageskalender vom 14. November.

Table with 2 columns: Eisenbahnfahrten and Leipziger Tageskalender. Lists train routes and dates for November 14th.

Verlag von F. J. Brockhaus in Leipzig. Winckell's Handbuch für Jäger und Jagdliebhaber.

Herausgegeben von J. J. von Eschubi. Fünfte umgearbeitete Auflage.

Mit 24 Thierbildern, zahlreich in den Text gedruckten Holzschnitten und 2 lithogr. Tafeln. Zwei Bände. 8. Geh. 24 M. Geb. 28 M. (Auch in 12 Lieferungen zu 2 M. zu beziehen.)

Das rühmlichst bekannte Werk von Dietrich aus dem Winckell, für jeden Jäger, wie er sein soll, ein sicherer und unentbehrlicher Führer, das überdies nicht nur vielfache Belehrung, sondern auch vortreffliche Unterhaltung gewährt, liegt in fünfter Auflage, herausgegeben durch J. J. von Eschubi, vollständig vor und kann in 2 Bänden geheset und gebunden, oder nach und nach in 12 Lieferungen durch jede Buchhandlung bezogen werden. [2114]

Schützenhaus.

Bei aufgehobenem Abonnement: Mittwoch, den 19. Donnerstag, den 20. November Sonnabend, den 22.

Grosse Extra-Concerte des K. K. Capellmeisters vorm. Herzog. Nassauischen Hofballmusikdirectors und Componisten Herrn

Kéler Béla und der Capelle des Hauses. Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. [2111-13]

Haasenstein & Vogler in Leipzig.

zu den Originalpreisen und ohne Spesen in alle Zeitungen der Welt. Gleiche Firma in Basel, Berlin, Bern, Breslau, Chemnitz, Chur, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., St. Gallen, Genf, Halle a. d. S., Hamburg, Hannover, Köln, Lausanne, Lübeck, Magdeburg, Metz, München, Nürnberg, Pesth, Prag, Stuttgart, Wien, Zürich.

Telegraphenanstalten: 1. Kaiserl. Telegraphenamts (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.

Verlobt: Dr. Oberförster A. Barth in Rauche bei Altflöster mit Frä. Elisa Keil in Leipzig. Dr. Karl Lehmann in Leipzig mit Frä. Ida Lepper in Chemnitz.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Oberförster A. Barth in Rauche bei Altflöster mit Frä. Elisa Keil in Leipzig. Dr. Karl Lehmann in Leipzig mit Frä. Ida Lepper in Chemnitz.

Bibliotheken:

Universitäts-Bibliothek 3-5 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 2-5 Uhr. Volkshibliothek I. (A. Bürgerstr.) 7-9 Uhr.

Vertical text on the far right edge of the page, including 'Nr. 26', 'Telegraph', and 'Die Ci'.